

The background of the entire page is a photograph of the United Nations emblem, which features a world map surrounded by olive branches, mounted on a large, polished wooden wall. The emblem is circular and made of a light-colored material, possibly metal or wood, with a dark border. The wood grain of the wall is clearly visible, and the lighting creates a warm, golden glow. In the bottom right corner, a small portion of a wooden desk and a chair is visible, suggesting a formal setting like a conference room or office.

Resolution Israelfeindschaft: Deutschland, die UNO und der 7. Oktober

**Zivilgesellschaftliches Lagebild
Antisemitismus #14**



Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus



Herausgeber

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion Nikolas Lelle, Alissa Weiße, Sabine Bremer,
Vanessa Reichert, Romy Knappe, Florence Böhm

Titelbild picture alliance/ZUMAPRESS.com/Bianca Otero

Das Foto entstand am 4. Dezember 2024 im Rahmen einer Sitzung der UNO-Generalversammlung, die eine Resolution zur Förderung einer internationalen Konferenz für eine Zwei-Staaten-Lösung thematisierte.

Layout gegenfeuer.net

Gedruckt auf Envirotop Recycling
100% Altpapier

© Amadeu Antonio Stiftung, 2025

Die Bildungs- und Aktionswochen sind ein gemeinsames Projekt von Amadeu Antonio Stiftung und Anne Frank Zentrum. Die „Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus“ und die vorliegende Publikation wurden durch den Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus gefördert. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Beauftragten oder des BMI dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung. Zugleich möchten wir all unseren Spender*innen danken, die die Arbeit der Stiftung überhaupt erst ermöglichen und mittragen.

Wir danken Florian Markl für einen wertvollen Einblick in sein Wissen und seine Arbeit.

Gefördert durch:



Beauftragter der Bundesregierung
für jüdisches Leben und
den Kampf gegen Antisemitismus

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Inhalt

- 4 Geleitwort von Dr. Felix Klein
- 5 Einleitung
- 7 Kernbeobachtungen
- 8 Zeitstrahl:
Die UNO nach dem 7. Oktober
- 10 Zahnlose Staatsräson und Referenzpunkt für Israelfeindschaft:
Die UNO und Deutschland
- 14 Schaubild der UNO-Organe
- 16 Resolution Israelfeindschaft:
Interview mit Dina Rovner (UN Watch)
- 20 Erschreckende Verstrickungen und systemisches Versagen:
Die UNRWA
- 24 Das Scheitern der feministischen Bewegung nach dem 7. Oktober:
UN Women und Demonstrationen in Deutschland
- 28 #metoounlessyoureajew:
Interview mit Sharon Adler
- 32 Weltbild der Superlative:
Die UNO und der Genozidvorwurf gegen Israel

Geleitwort von Dr. Felix Klein

Auf den ersten Blick werden sich die Leserinnen und Leser dieses Lagebildes möglicherweise fragen, was internationale Politik mit Hass gegen Jüdinnen und Juden hier bei uns in Deutschland zu tun hat. Eine nachvollziehbare Frage. Die Antwort darauf ist komplex und wird, dankenswerterweise, von den Autorinnen und Autoren der *Amadeu Antonio Stiftung* umfangreich erläutert. In aller Kürze: Antisemitische Denkmuster, die auf Israel angewandt ihren Niederschlag in vielen Gremien der Vereinten Nationen finden, wirken sich auf Jüdinnen und Juden weltweit und damit nicht zuletzt auch in Deutschland aus. Die Ungleichbehandlung des als jüdisches Kollektiv verstandenen Staates Israel in der UNO wird dabei praktisch als vorbildhaft und als Bestätigung antisemitischen Verhaltens gegenüber der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland gesehen. Judenfeindliche Hetze in den Vereinten Nationen trägt zu Judenhass in Deutschland bei.

In Deutschland haben wir nicht nur als Bundesregierung, sondern als gesamte Gesellschaft eine ganz besondere Verantwortung für die Sicherheit und das Wohlergehen von Jüdinnen und Juden. Weltweit, was sich in der zurecht immer wieder betonten Staatsräson gegenüber dem jüdischen Staat Israel, aber auch hierzulande gegenüber den in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden zeigt. Vor dem Hintergrund, dass die Schicksalsgemeinschaft des jüdischen Volkes genauso wenig wie der Hass auf sie nationale Grenzen kennt, ist es nur folgerichtig, die Gesamtverantwortung für Jüdinnen und Juden und die Staatsräson

@BMI / Henning Schacht



Dr. Felix Klein ist seit Mai 2018 *Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus*.

gegenüber Israel zusammen zu denken. Gerade seit dem schrecklichen Terrorangriff der *Hamas* und ihrer Verbündeten am 7. Oktober 2023 ist israelbezogener Antisemitismus auch in Deutschland in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen die prävalente Form des Judenhasses.

Ich bin der *Amadeu Antonio Stiftung* daher dankbar, dass sie zum 80. Jubiläum der Gründung der Vereinten Nationen ihr diesjähriges Lagebild Antisemitismus diesem dunklen Teil der UNO widmet. Um Judenfeindlichkeit in Deutschland effektiv bekämpfen zu können, müssen wir sie in ihrer globalen Tragweite verstehen. Mit dem Lagebild trägt die *Amadeu Antonio Stiftung* zu diesem Verständnis bei und liefert ein weiteres Mal wichtiges, für jede und jeden zugängliches Material im Kampf gegen Antisemitismus.

Einleitung

Am Anfang war die Lüge. Die angebliche Bombardierung des Al-Ahli-al-Arabi-Krankenhauses (Gaza-Stadt) durch die israelische Luftwaffe am 17. Oktober 2023 bot den Dammbruch für Israelhass. Während viele sich in den zehn Tagen zuvor unter den schauderhaften Eindrücken des 7. Oktobers noch bedeckt hielten, bot die vermeintliche Zerstörung des Krankenhauses endlich die Möglichkeit, Israel zu dämonisieren. Denn das von der *Hamas* geleitete Gesundheitsministerium in Gaza erklärte bereits unmittelbar nach dem Ereignis Israel als Schuldigen und gab mehrere Hundert Opfer an.¹ Diese Nachricht wurde rasend schnell verbreitet. In den sozialen Medien war für viele der Fall glasklar. Auch UNO-Generalsekretär António Guterres zeigte sich auf X schon wenige Stunden später entsetzt und übernahm ungeprüft die Opferzahlen der *Hamas*.²

Das Problem: Diese Informationen waren falsch. Doch es war zu spät. Dass mehrere unabhängige Gutachten und letztendlich der Bericht der unabhängigen NGO *Human Rights Watch* die *Hamas*-Propaganda, die Opferzahlen³ sowie den Explosionsort hin zum Parkplatz vor dem Krankenhaus revidierten⁴ und eine fehlgeleitete Rakete des *Islamischen Dschihad* zur Ursache für die Zerstörung erklärten, ist irrelevant: Die öffentliche Meinung hatte sich bereits gebildet⁵ – und sie hält sich bis heute hartnäckig.

Besonders kritisch ist die Rolle der *Weltgesundheitsorganisation* (WHO) zu sehen. Dieses auf die Koordination von Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit spezialisierte UNO-Organ revidierte weder die Falschinformationen, noch leitete es eigene Untersuchungen in die Wege, um die tatsächlichen Vorgänge zu prüfen. Diese Unterlassung trug dazu bei, dass das Bild Israels als brutalem Aggressor, der selbst Krankenhäuser in Schutt und Asche legt, bis heute dominiert.

Noch am selben Abend kam es zu Protesten – auch in Deutschland.⁶ Wenige Stunden nachdem die Falschmeldung auf der Plattform *TikTok* viral ging, versammelten sich mehrere Hundert Menschen vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Nach der Auflösung der Kundgebung kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Nachdem Demonstrierende versuchten, zum nahe gelegenen Holocaust-Mahnmal zu gelangen, musste dieses von der Polizei geschützt werden.⁷

Der genaue Ablauf der Desinformationskampagne ist bis heute nicht geklärt. Wer hat wo zuerst die Falschnachricht platziert, weiterverbreitet, mobilisiert? Wie hat die Dynamik zwischen Presse, Social Media Posts und Mobilisierungen auf der Straße funktioniert? Der Verlauf zeigt, wie schnell Falschmeldungen auf den sozialen Medien zu einem Sicherheitsproblem werden können. Der Fall ist ein Paradebeispiel für Desinformation und viralen Antisemitismus. In diesem Fall hat auch die UNO einen Beitrag geleistet.

Seit dem 7. Oktober ist die UNO immer wieder in den Schlagzeilen: UNRWA-Mitarbeiter*innen waren unmittelbar am Massaker beteiligt, UNO-Organisationen schwiegen zu lange angesichts der sexualisierten Gewalt des Tages, israelische Geiseln berichten, in UNO-Gebäuden gefangen gehalten worden zu sein, Vertreter*innen werfen Israel einen Genozid vor und in der Generalversammlung wurden wieder und wieder Resolutionen gegen Israel verabschiedet – ohne die *Hamas* auch nur ein einziges Mal namentlich zu verurteilen.

Die bittere Bilanz: Die UNO hat angesichts des 7. Oktobers versagt.

Sie hat stellenweise, anstatt Brände zu löschen, Öl ins Feuer gegossen. Das Handeln der UNO hat

Konsequenzen für Jüdinnen*Juden sowie antisemitismuskritische Initiativen und Organisationen in Deutschland und wird deshalb zum Thema des Lagebilds #14 gemacht. Jüdinnen*Juden fühlen sich von der Organisation im Stich gelassen. Dr. Josef Schuster, Präsident des *Zentralrats der Juden in Deutschland*, bezeichnete wenige Wochen nach dem 7. Oktober 2023 das Abstimmungsverhalten Deutschlands in der UNO-Generalversammlung als „Enttäuschung für die Juden in Deutschland“⁸. Im Gespräch für dieses Lagebild führt Josef Schuster aus:

„Die Geschehnisse nach dem 7. Oktober 2023, die Verfehlungen der UNO in Reaktion auf den Hamas-Terror, die in Teilen offen gelegte Israelfeindlichkeit von UNO-Einrichtungen bis hin zu einzelnen Verstrickungen zu terroristischen Gruppen muss auch in Deutschland zu einem realistischeren Blick auf die UNO führen. Die Naivität und Gutgläubigkeit wie die Bundesregierung, aber auch unsere Gesellschaft Haltungen und Entscheidungen einer Institution behandelt, die mehrheitlich aus autoritären oder diktatorischen Staaten besteht, muss ein Ende haben. Wir brauchen eine größere Wahrnehmung darüber, was die UNO ist – und was nicht –, daher bin ich auch der *Amadeu Antonio Stiftung* für dieses Lagebild dankbar. Das muss zudem in Regierungshandeln sichtbar werden, wenn es um das Abstimmungsverhalten zu israelfeindlichen beziehungsweise den Terror der Hamas relativierenden Resolutionen oder den Abfluss deutscher Steuergelder in UNO-Strukturen geht, die eine Unterstützung von Terrorgruppen nicht ausschließen können.“

Sharon Adler berichtet im Interview für das Lagebild von ihrer persönlichen Enttäuschung von der feministischen Bewegung, aber auch verschiedenen UNO-Organen nach dem 7. Oktober: „Das Schweigen dieser großen Organisationen hat mich wahn-sinnig enttäuscht. Denn Solidarität darf keine Frage der Identität sein. Wer sexualisierte Gewalt verurteilt, muss dies konsequent tun – unabhängig von politischen oder ideologischen Überzeugungen.“

Außerdem erzählt sie, wie die Entsolidarisierung mit den Opfern sexualisierter Gewalt am 7. Oktober ihre persönlichen Safe Spaces enorm eingegrenzt hat. Dina Rovner, Legal Advisor der Nichtregierungsorganisation *UN Watch*, beschäftigt sich seit Jahren kritisch mit den Aktivitäten und Beschlüssen der UNO. Sie attestiert im Interview: „Letztlich fördert die UNO die Propaganda der Hamas, anstatt die tatsächliche Situation darzustellen.“ Zudem ordnet sie realpolitische Folgen der israelfeindlichen Tendenz der UNO als „schwerwiegend“ ein.

Keine Frage: Die Gründung der UNO war ein Meilenstein, der Hoffnung stiftete auf eine stabile, staatenübergreifende Zusammenarbeit. In der UNO-Charta, die vor genau 80 Jahren, am 26. Juni 1945, verabschiedet wurde, ist als eines der Ziele eine „freundschaftliche Zusammenarbeit der Nationen“⁹ festgehalten. Doch hier zeigt sich schon: die UNO ist keine trans- sondern eine internationale Organisation und daher die Summe ihrer Teile. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. 2024 gelten lediglich 89 der 193 UNO-Mitgliedstaaten als demokratisch, nur 25 als „vollständig“ demokratisch.¹⁰ Das israelfeindliche Handeln der UNO, das eine lange Geschichte hat und sich seit dem 7. Oktober in hohem Maße zeigte, ist dann weniger überraschend. Denn die Mitgliedstaaten vertreten teilweise eine offen israelfeindliche Agenda und können diese unbescholten durchsetzen – die zahlreichen Resolutionen nach dem 7. Oktober unterstreichen dies. Und dennoch zeigt das deutsche Abstimmungsverhalten trotz der Staatsräson keine klare Haltung. Weder für israelische Sicherheitsinteressen noch gegen israel-feindliche Resolutionen. Denn obwohl UNO-Resolutionen der Generalversammlung zwar nicht juristisch bindend sind, haben sie einen hohen symbolischen Wert.

Der Kampf gegen Antisemitismus wird durch die israel-feindliche Tendenz der UNO erschwert und die antisemitische Mobilisierung in Deutschland nach dem 7. Oktober zeigt, dass diese Tendenz antisemitische Narrative und Vorfälle teils sogar hier befeuert. Denn die UNO funktioniert in vielen Fällen als Türöffner für Israelfeindschaft. Schließlich wird diese Einstellung gestützt und legitimiert durch das israelfeindliche Handeln dieser vermeintlich – und stets so idealisierten – integren Organisation. Eine, so wird geglaubt, transnationale, also überparteiliche, geradezu objektive und neutrale Menschenrechtsorganisation, die unter dem Eindruck zweier Weltkriege gegründet wurde, maßgeblich geprägt durch die Schrecken des Holocaust.

80 Jahre nach der Gründung analysieren wir in dem Lagebild #14 das israelfeindliche Handeln von UNO-Organen und Vertreter*innen. Wir setzen diese Israel-feindschaft mit der antisemitischen Mobilisierung in Deutschland in den Zusammenhang und beleuchten zudem die Rolle Deutschlands in der UNO.

Kernbeobachtungen

1. Resolution: Israelfeindschaft

Die UNO, insbesondere die Generalversammlung, ist die Summe ihrer Teile. In der Mehrheit der UNO-Mitgliedstaaten herrschen Autokraten und Diktatoren, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte negieren. Die Mehrheit stimmt israelfeindlich und prägt so seit Jahrzehnten durch diverse Resolutionen die Nahostpolitik der UNO. Denn eine Organisation, dessen wirkungsmächtigstes Werkzeug durch Abstimmung zustande kommt, ist nur so integer wie ihre abstimmenden Mitglieder. Das trug nach dem 7. Oktober zum Scheitern der UNO bei.

2. Verkehrte Welt

Während Israel delegitimiert wird, wird die *Hamas* verharmlost und deren Gräueltaten relativiert. Keine einzige Resolution der UNO-Generalversammlung verurteilt namentlich die *Hamas*, ein dementsprechender Zusatz wurde kurz nach dem 7. Oktober sogar abgelehnt. UNO-Vertreter*innen verklären palästinensischen Terror als Widerstand und erkennen die *Hamas* nicht als Terrororganisation an. Das korrespondiert mit der Verharmlosung des Terrors auf deutschen Straßen.

3. UNO als Legitimierungsinstanz

Die antisemitischen Einstellungen von hohen Mandatsträger*innen sowie die jahrzehntelange israelfeindliche Tendenz der UNO bieten eine Legitimierung für antizionistische Ideologie. Als vermeintlich integre Moralinstanz liefert die UNO die Stichworte für verschiedene politische Milieus – auch in Deutschland. Von Genozid-Vorwürfen über die Leugnung sexualisierter Gewalt am 7. Oktober bis zum Rückkehrrecht können antiisraelische Aktivist*innen die UNO als Legitimationsinstanz heranziehen.

4. Destabilisierung des Nahen Ostens

Viele Jüdinnen*Juden sind enttäuscht von der UNO. Sie fühlen sich im Stich gelassen. Denn die UNO treibt vielfach die Destabilisierung des Nahen Ostens voran: durch einseitige Resolutionen, den Konflikt zementierendes Handeln bezogen auf palästinensische Flüchtlinge oder durch UNRWA-Schulbücher, die – wie mehrfach belegt – antisemitische Narrative reproduzieren.

5. Zahnlose Staatsräson

Deutschland hat in den Resolutionen mit einem Israel-Palästina-Bezug, die seit dem 7. Oktober von der UNO-Generalversammlung angenommen wurden, systematisch gegen Israel gestimmt. Teils mit diametralem Abstimmungsverhalten zum jüdischen Staat, teils mit Enthaltungen. Gleichzeitig ist Deutschland einer der größten Finanziers der viel kritisierten UNRWA. Das zeigt: Die viel beschworene Staatsräson übersetzt sich angesichts von Deutschlands Abstimmungsverhalten in der UNO nicht in außenpolitisches Handeln.

Zeitstrahl: Die UNO nach dem 7. Oktober

7. Oktober 2023

Francesca Albanese, *UNO-Sonderberichterstatterin für die besetzten Gebiete Palästinas seit 1967*, X

„Today's violence must be put in context.“

24. Oktober 2023

UNO-Generalsekretär António Guterres

Guterres spricht im UNO-Sicherheitsrat von einer „56 Jahre langen, erdrückenden Besatzung“, und demnach fänden „die Angriffe der Hamas nicht in einem luftleeren Raum“ statt.

28. Oktober 2023

Erste Resolution für eine Waffenruhe verabschiedet

Die Resolution fordert eine „sofortige humanitäre Waffenruhe“ im Gazastreifen. Der Terror der Hamas vom 7. Oktober wird nicht deutlich in der Formulierung erwähnt, weswegen Deutschland sich enthält. Die Hamas befürwortet die Resolution.

29. Dezember 2023

„Genozidprozess“ gegen Israel beginnt

Der IGH leitet das Verfahren Südafrika gegen Israel ein, in dem Israel ein Genozid vorgeworfen wird. Das Verfahren wird Jahre dauern.

14. Februar 2024

**UNO-Nothilfekoordinator Martin Griffiths
verharmlost die Hamas**

In einem Interview behauptet der damalige UNO-Nothilfekoordinator, die Hamas sei keine terroristische Organisation, sondern eine politische Bewegung.

26. März 2024

Report von Albanese „Anatomie eines Genozids“ erscheint

Der UNO-Bericht soll die Intention Israels, einen Genozid durchzuführen, belegen. Der Bericht ist gespickt mit israelfeindlichen und antisemitischen Erzählungen. Linke Gruppen nutzen die Abhandlung als Argument für ihre antisemitische Narrative.

18. April 2024

Aufnahme Palästinas als Vollmitglied der UNO scheitert

Die USA sprechen ihr Veto gegen die Empfehlung des UNO-Sicherheitsrat zur Aufnahme Palästinas in die UNO aus.

22. April 2024

Bericht zur UNRWA veröffentlicht

Der sogenannte Colonna-Bericht behauptet, dass keine Beweise für die Teilnahme von UNRWA-Mitarbeiter*innen am 7. Oktober vorliegen. Der Bericht wird scharf kritisiert.

5. August 2024

Entlassung mehrerer UNRWA-Mitarbeiter*innen

Nach einer weiteren internen Ermittlung werden neun UNRWA-Mitarbeiter*innen entlassen. Bereits im Januar 2024 wurden 9 UNRWA-Mitarbeiter*innen wegen ihrer Verstrickungen zum 7. Oktober 2023 gekündigt.

Zahnlose Staatsräson und Referenzpunkt für Israelfeindschaft: Die UNO und Deutschland

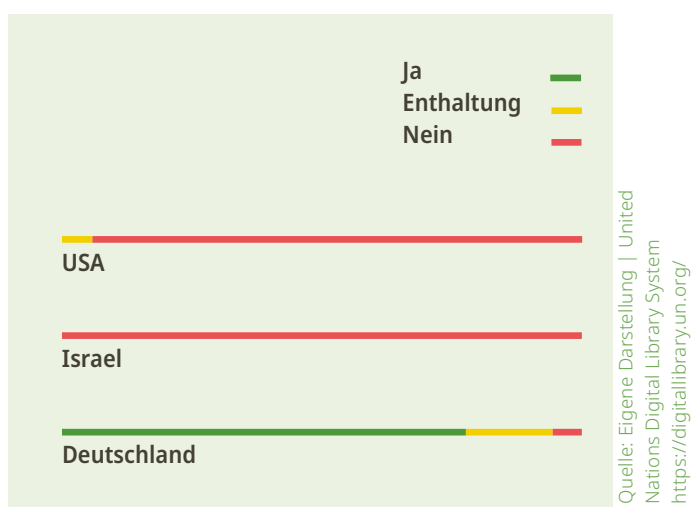
„Das ist ein schwarzer Tag für die UNO und die Menschheit“¹¹, klagt Israels UNO-Botschafter Gilad Erdan. Am 27. Oktober 2023, knapp drei Wochen nach dem *Hamas*-Massaker, nimmt die UNO-Generalversammlung eine israelfeindliche Resolution an. 121 Mitgliedstaaten stimmen zu, 14 lehnen ab. Deutschland ent hält sich¹².

Die Resolution fordert einen „sofortigen, dauerhaften und nachhaltigen“¹³ Waffenstillstand – aber ohne die Worte „*Hamas*“ oder „Geiseln“ zu nennen. Während Israel und die USA die Resolution ablehnen, stimmt Deutschland mit einer Enthaltung¹⁴. Die *Hamas* lobt die Resolution¹⁵. Besonders brisant: Vorgeschlagene Zusätze, die ausdrücklich die *Hamas* erwähnen und den 7. Oktober verurteilen, wurden im Vorhinein durch nicht zustande gekommene Zweidrittelmehrheiten abgelehnt¹⁶.

Außenministerin Annalena Baerbock erklärt: „Weil die Resolution den *Hamas*-Terror nicht klar beim Namen nennt“ und „die Freilassung aller Geiseln nicht deutlich genug fordert“¹⁷, habe sich Deutschland enthalten. Ron Prosor, Israels Botschafter in Deutschland, kritisierte, die Enthaltung sei „nicht genug“¹⁸. Mehr noch: Der Präsident des *Zentralrats der Juden in Deutschland*, Josef Schuster, äußerte, das Abstimmungsverhalten sei eine „Enttäuschung“¹⁹. Denn die „klare Haltung“²⁰, die ein Beitrag des *Auswärtigen Amtes* bei X am Tage der Abstimmung prophezeit, zeigt sich in der Enthaltung nicht.

Die abgebildete Grafik aller Resolutionen der UNO-Generalversammlung, die zwischen dem 7. Oktober 2023 und Ende 2024 mit Bezug zum Israel-Palästina-Konflikt angenommen wurden, vergleicht das Abstimmungsverhalten Deutschlands mit dem Abstimmungsverhalten Israels und der USA. Die USA sind, nicht zuletzt als ständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat, ein zentraler Verbündeter des jüdischen Staates.

Abstimmungsverhalten: UNO-Generalversammlung



Das Abstimmungsverhalten der USA, Israels und Deutschlands bei den 18 Resolutionen der UNO-Generalversammlung mit Israel-Palästina-Kontext im Zeitraum 7. Oktober 2023 bis 31. Dezember 2024.

Systematisch gegen Israel

In aller Regel sind die Inhalte der Resolutionen durch eine starke Einseitigkeit geprägt: Israel beschädige, verletze, beute aus, zerstöre. Israel („the occupying Power“) wird verurteilt und mit Forderungen konfrontiert. Selten werden „all parties“, die am Israel-Palästina-Konflikt beteiligt sind, adressiert. Nie werden die *Hamas* und *Hisbollah*, das islamistische Regime im Iran und Katar genannt. Das Regime im Iran unterstützt die *Hamas* mit Waffen sowie finanziell, Katar wird Nähe zur *Hamas* vorgeworfen. Beispielsweise lebte der mittlerweile getötete *Hamas*-Führer Ismail Haniya mehrere Jahre unbehelligt ein luxuriöses Leben in Doha, der Hauptstadt Katars.²¹

Mit den Resolutionen wird die Position der palästinensischen Gebiete und der Palästinenser*innen gestärkt. Häufig wird das „right of the Palestinian people to self-determination“ betont; verbunden mit

der Aufforderung, Israel habe das „Recht auf Selbstbestimmung“ zu achten. Mehrere Resolutionen sind der finanziellen Stärkung des *Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten* (UNRWA) gewidmet.

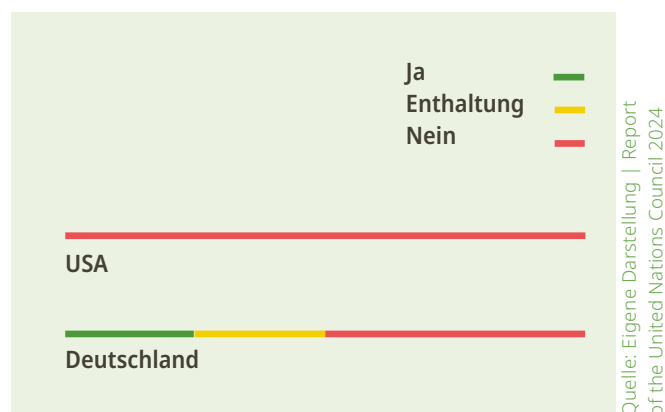
Für die Resolutionen ist die *Organisation of Islamic Cooperation* (OIC), ein internationaler Zusammenschluss muslimisch-dominierten Staaten, verantwortlich. Die OIC hat 57 Mitglieder, allesamt – bis auf die palästinensischen Gebiete – sind UNO-Mitgliedstaaten. Hierzu zählen Staaten wie Iran, Jemen, Katar, Libanon und Türkei. Der Zusammenschluss bringt die Resolutionen zur Abstimmung in die UNO-Generalversammlung ein.

Warum Deutschland den meisten Resolutionen zustimmt, mag unterschiedliche Gründe haben. Beispielsweise ist die Stärkung der UNRWA in Anbetracht der humanitären Lage im Gazastreifen durchaus nachvollziehbar. Allerdings bedeutet eine kritiklose Stärkung, den Antisemitismus im Lehrmaterial der UNRWA²² oder die Verbindungen zwischen der Hamas und UNRWA²³ hinzunehmen. Indem Deutschland systematisch, wie die Grafik belegt, gegen Israel stimmt, wird der israelfeindliche Status quo der UNO-Generalversammlung akzeptiert und unterstützt. Am Ende bleibt die Frage, wie das deutsche Abstimmungsverhalten mit der Sicherheit Israels als deutsche Staatsräson vereinbar ist.

Die UNO-Generalversammlung beschloss 2006 per Resolution die Gründung des UNO-Menschenrechtsrates. Gegen die Gründung stimmten Israel und die USA. Deren Kritik lautete: Die Hürde für autoritäre Staaten, die systematisch Menschenrechte unterdrücken, Mitglieder im UNO-Menschenrechtsrat zu werden, sei zu niedrig. Ein Blick auf die aktuelle Besetzung des Gremiums bestätigt die Kritik: Unter den 47 Mitgliedern ist zum Beispiel die Volksrepublik China. In der Vergangenheit waren Staaten wie Katar und Saudi-Arabien, Kuba und Venezuela, Eritrea und Somalia im UNO-Menschenrechtsrat vertreten.

Die UNO-Generalversammlung wählt die Mitglieder des UNO-Menschenrechtsrats mit absoluter Mehrheit. Eine Periode dauert drei Jahre. Maximal zwei Perioden nacheinander darf ein Staat in dem Gremium sitzen. Seit 2019 ist Deutschland im UNO-Menschenrechtsrat vertreten; in diesem Jahr endet also die Mitgliedschaft. In den Resolutionen, die der UNO-Menschenrechtsrat seit dem 7. Oktober 2023 mit Bezug zum Israel-Palästina-Konflikt angenommen hat, ist eine gewisse Zurückhaltung im deutschen Abstimmungsverhalten festzustellen.

Abstimmungsverhalten: UNO-Menschenrechtsrat

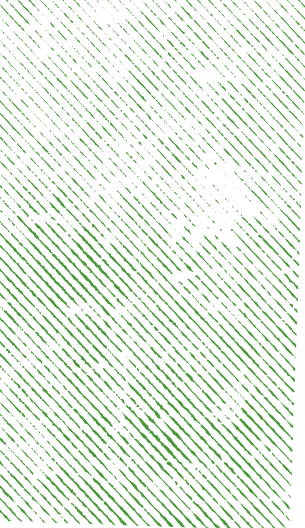


Abstimmungsverhalten bei den vier Resolutionen des UNO-Menschenrechtsrats mit Israel-Palästina-Kontext im Zeitraum 7. Oktober 2023 bis 31. Dezember 2024.

Deutsche Organisationen mit israelfeindlicher Agenda – gestützt durch die UNO

Was Organe der UNO mit Blick auf den Israel-Palästina-Konflikt thematisieren, beschließen, anklagen, das hat Konsequenzen. Nicht nur im Nahen Osten, auch in Deutschland. So greifen politische und religiöse Organisationen in ihren Argumentationen die israelfeindliche Agenda der UNO auf, um ihre eigene Haltung gegen den israelischen Staat zu untermauern. Deren Agenda dient der eigenen Agenda. Das Aufgreifen der UNO-Kritik ist in unterschiedlichen Bereichen zu beobachten.

Prangert ein Organ der UNO das deutsche oder israelische Handeln im Israel-Palästina-Konflikt an, produzieren islamistische *Instagram*-Accounts wie *@generation_islam* (ca. 73.000 Follower*innen), *@botschaftislam* (ca. 68.000 Follower*innen) und *@realitaetislam* (ca. 34.000 Follower*innen) entsprechende Botschaften.



Allerdings ist auch eine gewisse Skepsis gegenüber der UNO festzustellen. „Ein nutzloses Werkzeug“ seien sie, klagte etwa *@botschaftdesislam* am 7. Oktober 2024. Schließlich misslinge der internationalen Organisation, den (angeblichen) Genozid an den Palästinenser*innen zu beenden.

Um einen Genozid zu unterbinden, müsse Deutschland seine Außenpolitik „völkerrechtlichen Standards anpassen, wie unter anderem durch den *Internationalen Gerichtshof* (IGH) bestätigt“. Das fordert die linke Partei *MERA25*, der deutsche Ableger von *DiEM25*, in ihrem Grundsatzprogramm²⁴. Deutschland solle, wie 146 UNO-Mitgliedstaaten, „Palästina als Staat anerkennen“. Die UNO sollte sich „in die inneren Angelegenheiten ihrer Mitglieder einmischen, wenn diese internationales Recht und Menschenrechte brechen“.

Gemeinsam mit antizionistischen Gruppierungen veranstaltete *DiEM25* am 18. Februar 2025 eine Konferenz mit dem Titel „Reclaiming the Discourse: Palestine, Justice and the Power of Truth“ in Berliner Räumlichkeiten der linken Zeitung *Junge Welt* (mehr Informationen im Text „Weltbild der Superlative: die UNO und der Genozidvorwurf gegen Israel“ dieses Lagebildes). Francesca Albanese, die kontroverse *UNO-Sonderberichterstatterin für die besetzten Gebiete Palästinas seit 1967*, sprach eine Keynote. Das Beispiel illustriert, wie israelfeindliche Stimmen der UNO in die eigene Agenda integriert werden.

Die Tageszeitung *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) publizierte Ende Dezember 2024 einen Gastbeitrag des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte, Volker Türk. In dem Beitrag verzerrt Türk den Krieg zwischen Israel und der *Hamas*, um seine einseitige

Argumentation zu stützen. Er beschreibt die Gräueltaten der *Hamas* als „(...) schwere Verstöße gegen das Völkerrecht“, die nicht nur er, „sondern auch das gesamte System der Vereinten Nationen (...) wiederholt verurteilt (...)“²⁵ haben sollen. Dieses Lagebild zeigt, dass dies verspätet oder gar nicht passiert ist und erst recht nicht in Resolutionen. Man fragt sich also: Wo?

Aufgrund des israelfeindlichen Narrativs wurde der FAZ-Gastbeitrag im Magazin der *Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschland* (MLPD), *Rote Fahne*, aufgegriffen und einen Tag später in Teilen dort veröffentlicht²⁶. Ein Kommentar des UNO-Hochkommissars vereint die FAZ mit dem Magazin der vom Verfassungsschutz beobachteten²⁷ MLPD.

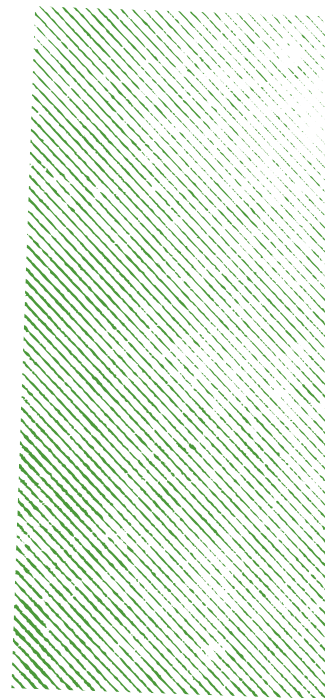
Extreme Rechte zwischen Antizionismus und Israelsolidarität

Eine derartige Nähe zu Organen und Protagonist*innen der UNO hat die extreme Rechte nicht. Doch positioniert sich die UNO gegen Israel, springen Rechtsextreme auf. Die *Deutsche Stimme*, das Haus- und Hof-Magazin der rechtsextremen Partei *Die Heimat* (ehemals NPD), titelte: „Israel im Visier der UNO, aber bedingungslos unterstützt von Deutschland“²⁸. Der Artikel bringt die Funktion, welche die UNO in Teilen der extremen Rechten erfüllt, auf den Punkt: Als moralische Instanz wird die UNO gegen Israel und Deutschland in Stellung gebracht. Die internationale Organisation wird zum Instrument des Israelhasses.

Ähnliches schrieb die rechtsextreme Partei *Der Dritte Weg* auf ihrer Website. Als Israel nach Angriffen der *Hisbollah* eine Bodenoffensive im Süden Libanons plante, verwies die Partei auf eine UNO-Resolution,

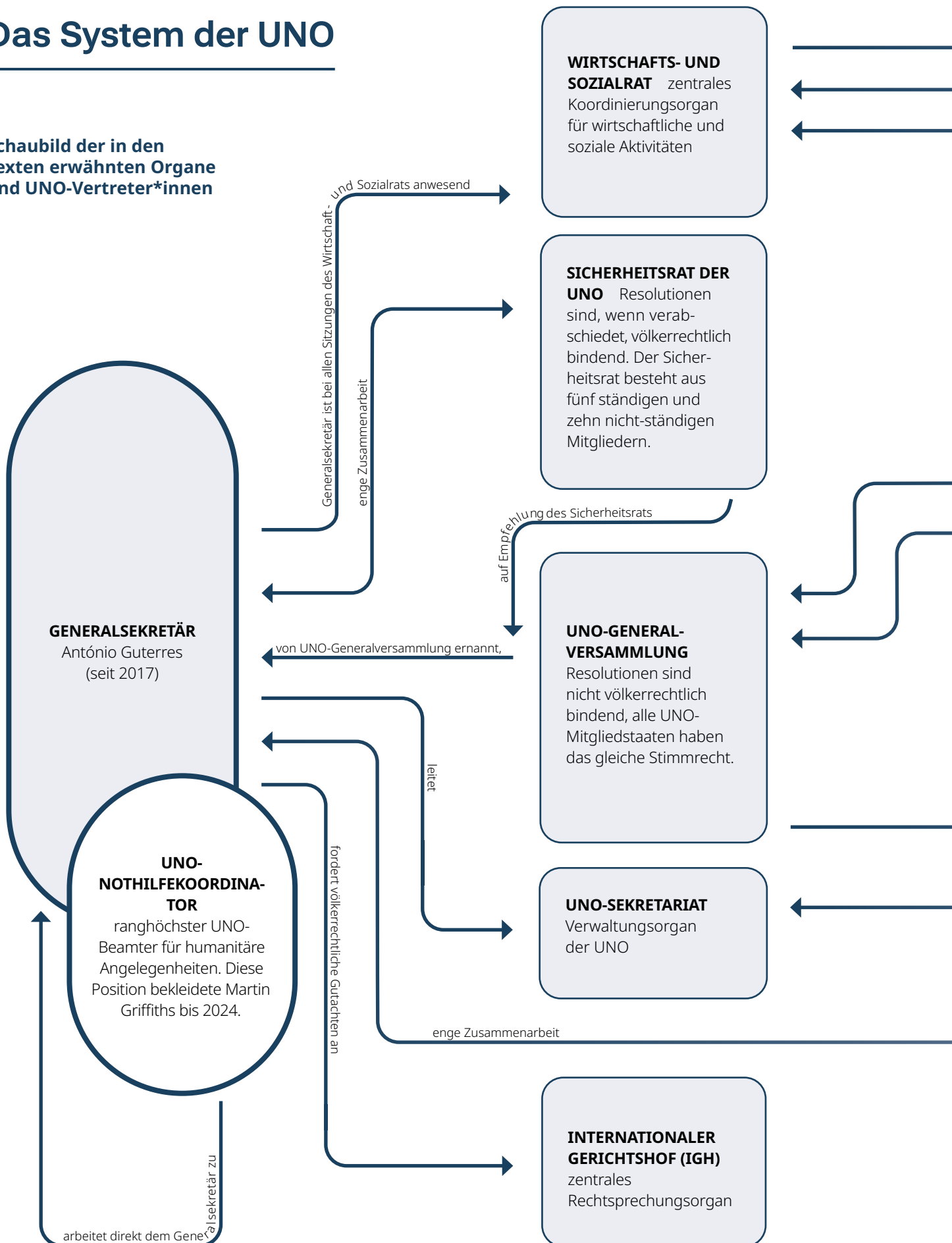
um gegen den Einsatz zu argumentieren²⁹. Im Zuge israelfeindlicher Proteste auf deutschen Straßen griff *Der Dritte Weg* die Zionismus-gleich-Rassismus-Resolution aus den 1970er-Jahren auf, um zu betonen, Deutsche müssten „das Recht haben, auch gegen den Zionismus protestieren zu dürfen“³⁰.

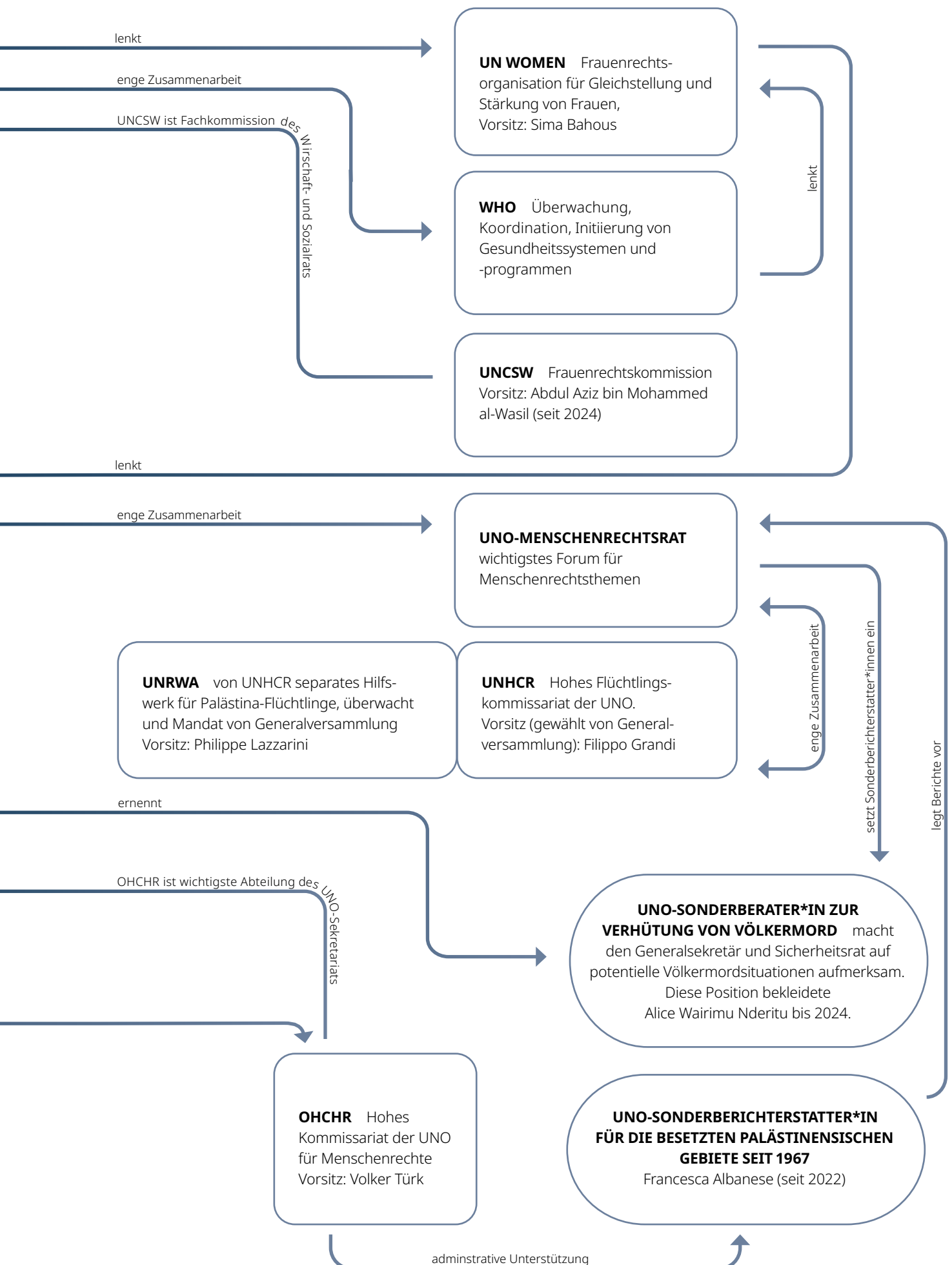
Die AfD stellt eine Ausnahme innerhalb der extremen Rechten dar: Die Partei forderte in mehreren Anträgen³¹ seit dem 7. Oktober 2023, deutsche Zahlungen an die UNRWA zu stoppen. In einem Antrag vom 18. November 2024 forderte sie gar, die UNRWA müsse „dringend auf den Prüfstand gestellt werden“. Begründet werden die Forderungen mit den antisemitischen Inhalten in UNO-Lehrmaterialien und den personellen Verbindungen zwischen der *Hamas* und UNRWA. Allerdings gilt, die Israelsolidarität der Partei im Kontext ihres islamfeindlichen Weltbildes zu betrachten: Israel wird als Bollwerk gegen den Islam gedeutet. Was den jüdischen Staat schwäche, stärke islamische Kräfte im Nahen Osten, so der Glaube. Der instrumentelle Charakter der Israelsolidarität wurde beispielsweise deutlich, als die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch, die damalige Antisemitismusbeauftragte ihrer Fraktion, nach dem 7. Oktober die Abschiebung der *Hamas*-Täter in den jüdischen Staat forderte³². In einem viralen Video auf *TikTok* setzte die AfD-Parteivorsitzende Alice Weidel *Hamas*-Terrorist*innen grundsätzlich mit Muslim*innen gleich.³³



Das System der UNO

Schaubild der in den Texten erwähnten Organe und UNO-Vertreter*innen





„Die UNO berücksichtigt nie Israels Sicherheitsbedürfnisse“

Interview mit Dina Rovner (UN Watch)

Das Interview wurde am 13. März 2025 geführt und anschließend ins Deutsche übersetzt.

Wie hat sich das Wesen des Antisemitismus seit dem 7. Oktober verändert, und wie hat die UNO dazu beigetragen?

Dina Rovner: Seit dem 7. Oktober erleben wir weltweit eine explosionsartige Zunahme an Antisemitismus.

Die UNO trägt durch ihren Umgang mit Israel dazu bei. Anhand der Antisemitismusdefinition der *International Holocaust Remembrance Alliance* lassen sich gut drei Beispiele aufzeigen, die den israelfeindlichen Bias der UNO unterstreichen.

Erstens: Die Verweigerung des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Apartheid-Vorwürfe der UNO gegen Israel. Zweitens: Die Anwendung doppelter Standards, indem von Israel ein Handeln verlangt wird, das von anderen demokratischen Nationen nicht erwartet wird, was sich in der unverhältnismäßigen Verurteilung Israels durch die UNO zeigt. Und schließlich: Vergleiche zwischen der heutigen israelischen Politik und der Politik der Nazis, wie sie von einigen UNO-Beamten*innen geäußert wurden.

Vertreter*innen der UNO behaupten auch, dass es so etwas wie terroristische Gruppen nach internationalem Recht nicht gäbe. Wie wirkt sich das auf den Umgang der UNO mit der Hamas aus?

Ein wichtiges Thema, insbesondere in Bezug auf die Arbeit von *UN Watch* mit der UNRWA. UNRWA gibt an, seine Mitarbeiter*innen anhand der UNO-Sanktionsliste zu überprüfen – aber die *Hamas* steht nicht auf dieser Liste. Deswegen betrachtet die UNO eine *Hamas*-Mitgliedschaft nicht als Grund für die Verweigerung einer Anstellung. Für die UNO ist die *Hamas* schlicht keine terroristische Organisation.



Dina Rovner

Dina Rovner ist Legal Advisor bei der schweizerischen NGO *UN Watch*, die sich seit 1993 kritisch mit der UNO auseinandersetzt.

Und UNO-Beamte*innen geben dies offen zu. Martin Griffiths, der ehemalige *UNO-Koordinator für humanitäre Angelegenheiten*, erklärte beispielsweise: „Die *Hamas* ist für uns keine terroristische Gruppe. Sie ist eine politische Bewegung.“ Die UNO bezeichnet die *Hamas* oft als „bewaffnete palästinensische Gruppe“ oder sogar als „De-facto-Behörde in Gaza“, was der Terrorgruppe Legitimität verleiht.

Es gibt keine UNO-Resolutionen oder Berichte, die die *Hamas* als die Terrorgruppe, die sie ist, bezeichnen. Die UNO muss damit beginnen, die *Hamas* als solche anzuerkennen und ihre Mitarbeiter*innen auf eine *Hamas*-Verbindung zu überprüfen. Angesichts der negativen Auswirkungen, die wir bei der UNRWA gesehen haben, ist das von entscheidender Bedeutung.

Warum hat die UNO keine offizielle „Terrorliste“? Die Europäische Union oder die USA führen eine solche Terrorliste.

Die UNO-Terrorliste wird durch die Benennungen des UNO-Sicherheitsrats bestimmt. Wenn eine Organisation *nicht* vom Sicherheitsrat *benannt* wurde, wird sie von der UNO nicht als terroristische Organisation eingestuft. Um dies zu ändern, müsste ein Land dem UNO-Sicherheitsrat eine Resolution vorlegen, in der es beantragt, dass die *Hamas* als terroristische Organisation eingestuft wird.

Die Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats sind rechtlich bindend, die der UNO-Generalversammlung wiederum nicht. Stattdessen sind es politische Erklärungen. Was bedeutet das?

Resolutionen der Generalversammlung sind rechtlich nicht bindend, weil die Generalversammlung ein politisches Gremium *ohne* rechtliche Konsequenzen ist, kein juristisches Gremium.

Das zeigt sich deutlich bei den Abstimmungen. Die UNO-Mitgliedsstaaten verfolgen bei der Verabschiedung von Resolutionen unterschiedliche Ziele. Es wird mit Stimmen gehandelt. Die Mitgliedstaaten haben unterschiedliche politische Interessen. In der UNO gibt es ein Blocksystem, bei dem sich Länder mit anderen Ländern im gleichen geografischen oder ideologischen Block zusammenschließen. Israel ist natürlich in der Minderheit, und wenn es um Israel geht, gibt es automatisch eine anti-israelische Mehrheit. Wir sehen also, dass die UNO-Resolutionen zu Israel weniger mit Fakten und Recht zu tun haben als mit dem Narrativ, das in diesem Moment versucht wird, zu propagieren.

Letztendlich sagt das mehr über die einzelnen Mitgliedsstaaten der UNO und ihre Gründe für die Abstimmung aus als über die UNO selbst. Es zeigt aber auch, wie mangelhaft das System aufgebaut ist: Es gibt Fehler in der Konstruktion dieses Systems, die es ermöglichen, dass diese Narrative gefördert werden und dass diese anti-israelische Infrastruktur auf Kosten anderer Krisen in der Welt aufrechterhalten wird.

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Israelfeindschaft der UNO auf internationaler Ebene?

Die Auswirkungen sind erheblich. Die UNO legitimiert falsche Behauptungen und versäumt es, Gegeninformationen oder Fakten zu liefern. Letztlich fördert die UNO die Propaganda der *Hamas*, anstatt die tatsächliche Situation darzustellen. Es ist wichtig zu verstehen, dass kein anderes Land von der UNO so behandelt wird.

Dieser Prozess beginnt oft mit voreingenommenen Berichten von UNO-Gremien wie der Untersuchungskommission des Menschenrechtsrats. Diese Berichte haben zu Resolutionen der Generalversammlung und schließlich zu Gutachten des *Internationalen Gerichtshofs* geführt. Wie beispielsweise ein Gutachten aus Juli 2024, in dem die israelische Besetzung für illegal erklärt und ein einseitiger Rückzug Israels aus diesen Gebieten „so schnell wie möglich“ gefordert wird. Diese Gutachten können dann zu Forderungen nach Waffenembargos, Boykotten und Reparationen gegen Israel führen.

Auch die Apartheid- und Völkermordkampagnen gegen Israel verzerren die Realität und dämonisieren das Land. Dies lenkt die weltweite Aufmerksamkeit von anderen wichtigen internationalen Krisen ab. Wenn die UNO nur Israel verurteilt und die schlimmsten Menschenrechtsverletzer*innen ignoriert, schürt sie Antisemitismus: indem sie die Botschaft sendet, dass Israel nicht nur schlecht, sondern das Schlimmste überhaupt ist.

Wie ist die Behandlung Israels in der UNO im Vergleich zu anderen globalen Konflikten?

Das Missverhältnis ist enorm. Russland ist beispielsweise unter Verletzung der UNO-Charta in die Ukraine eingedrungen und hält Teile der Ukraine, darunter die Krim, besetzt. Dennoch nahm die UNO-Generalversammlung 2024 nur eine Resolution zu Russland an – aber 17 zu Israel. Auch die Besetzung von Teilen Syriens durch die Türkei wurde von der UNO nicht verurteilt: Es hat keine einzige UNO-Resolution oder Untersuchungskommission zu dieser Besetzung gegeben.

Die Aktivitäten des Iran, einschließlich der Finanzierung von Terrororganisationen im gesamten Nahen Osten und seines umstrittenen Atomprogramms, finden noch weniger Beachtung. Ironischerweise ist Israel das einzige Land, das die UNO jährlich wegen der Verbreitung von Atomwaffen im Nahen Osten kritisiert, *nicht* der Iran.

Wo sehen Sie Probleme innerhalb der UNO, die das Existenzrecht Israels gefährden und gleichzeitig dem palästinensischen Terrorismus möglicherweise einen „Freifahrtschein“ geben?

Wenn man sich die Völkermordverleumdung ansieht, sieht man, wie die UNO Israel, das eigentliche Opfer eines völkermörderischen Angriffs am 7. Oktober, wiederum zum Täter eines Völkermords macht. Die UNO schafft diese falsche moralische Gleichwertigkeit zwischen Israel und der Terrorgruppe *Hamas*, wodurch Israel, das einen rechtlich gerechtfertigten Selbstverteidigungskrieg gegen die Terrororganisation *Hamas* führt, plötzlich auf eine Stufe mit der *Hamas* gestellt wird.

Gleichzeitig berücksichtigt die UNO nie die Sicherheitsbedürfnisse Israels und ignoriert palästinensischen Terrorismus. Wenn die UNO Israel dämonisiert, aber weder die *Hamas* noch den *Palästinensischen Islamischen Dschihad* für ihre Verbrechen zur Rechenschaft zieht, gibt sie dem palästinensischen Terrorismus einen Freifahrtschein.

Was sind die langfristigen Auswirkungen dieser UNO-Maßnahmen?

Die Folgen sind schwerwiegend und vielschichtig. Erstens wird dadurch ein Kreislauf der Voreingenommenheit gegen Israel in internationalen Gremien aufrechterhalten. Jeder voreingenommene Bericht und jede Resolution werden zur Grundlage für künftige Maßnahmen. Damit wird ein sich selbst verstärkendes System der Kritik und Verurteilung geschaffen.

Zweitens untergräbt es die Glaubwürdigkeit der UNO und des internationalen Rechts. Wenn ein Land in unverhältnismäßiger Weise herausgegriffen wird, stellt dies die Objektivität und Fairness dieser Institutionen in Frage.

Drittens kann dies reale Folgen für Israel haben, einschließlich möglicher Wirtschaftssanktionen, diplomatischer Isolation und Sicherheitsrisiken. Die Forderungen nach Waffenembargos und Boykotten könnten, wenn sie umgesetzt werden, Israels Fähigkeit, sich zu verteidigen und an der Weltwirtschaft teilzunehmen, erheblich beeinträchtigen.

Und schließlich, und das ist vielleicht am besorgniserregendsten, trägt sie zu dem weltweiten Klima des Antisemitismus bei. Indem Israel immer wieder als einziger Verletzer internationaler Normen dargestellt wird, wird eine negative Wahrnehmung des einzigen jüdischen Staates der Welt geschürt, die sich leicht in antisemitischen Einstellungen und Handlungen weltweit niederschlagen kann.

Die Geschichte der UNO und Israels

1945

26. Juni: Unterzeichnung der UNO-Charta

Die UNO-Charta, der Gründungsvertrag der UNO, wird in San Francisco unterzeichnet. Anlass der Gründung ist der Zweite Weltkrieg und das Scheitern des Völkerbundes. Die Charta tritt im Oktober 1945 in Kraft.

26. Juni: Gründung des Internationalen Gerichtshofs

Er ist das zentrale Rechtsprechungsorgan der UNO und hat seinen Sitz in Den Haag.

1946

10. Januar: Erste UNO-Generalversammlung

Das erste Mal tritt die UNO-Generalversammlung mit Abgesandten aus 51 Staaten in London zusammen.

Erschreckende Verstrickungen und systemisches Versagen: Die UNRWA

Emily Damari lacht in die Kamera. Sie hält ihre Hand hoch, an der zwei Finger fehlen. Das Foto, das kurz nach ihrer Freilassung aus der Gefangenschaft in den Händen der *Hamas* entstand, ging um die Welt. Damari ist eine der 250 Geiseln, die die Terrorgruppe am 7. Oktober 2023 in den Gaza-Streifen verschleppten.

Die beiden Finger fehlen Damari, weil sie angeschossen wurde, als die *Hamas* sie aus dem Kibbuz Kfar Aza entführte. Damari wurde Anfang 2025 als eine der Geiseln im Zuge eines Abkommens zwischen Israel und der *Hamas* freigelassen. Die Britisch-Israelin war 15 Monate der islamistischen Terrorgruppe ausgeliefert.

In einem Telefonat mit dem britischen Premierminister berichtet die freigelassene Damari, sie sei während ihrer Gefangenschaft auch in UNRWA-Einrichtungen festgehalten worden³⁴. UNRWA ist das *Hilfswerk der UNO für Palästina-Flüchtlinge* im Nahen Osten. Es wurde 1949, kurz nach dem Israelischen Unabhängigkeitskrieg, gegründet, um den damaligen arabischen Flüchtlingen und Vertriebenen Hilfsmaßnahmen bereitzustellen. UNRWA ist unabhängig vom *Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen* (UNHCR), das erst im Folgejahr gegründet wurde. Heute betreibt die UNRWA unter anderem Schulen in den Palästinensischen Autonomiegebieten, auch finanziert durch europäische Unterstützung. Deutschland war 2023 der zweitgrößte Geldgeber der UNRWA, noch vor der Europäischen Union³⁵.



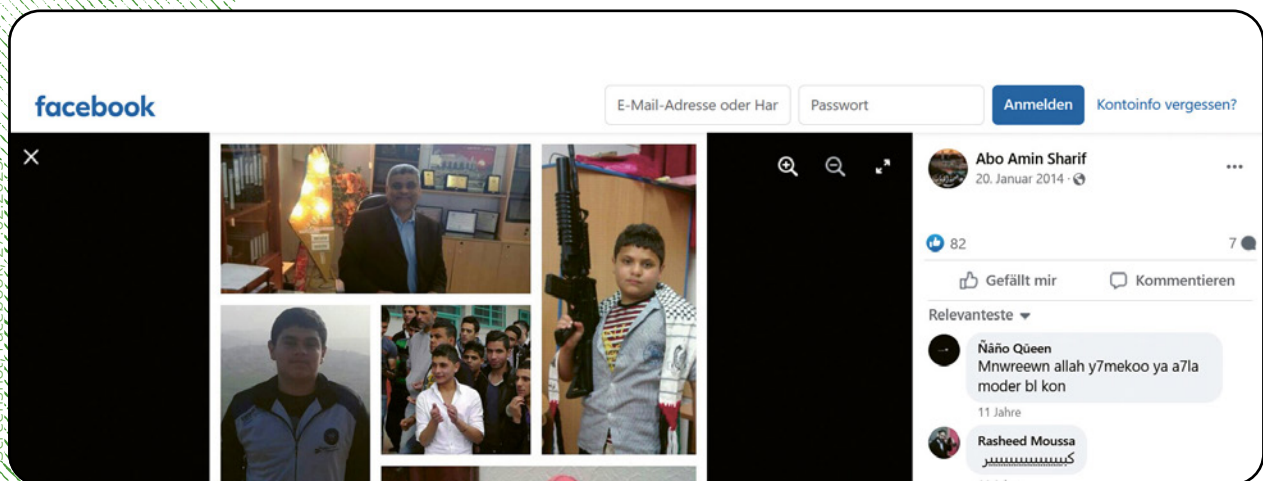
Emily Damari kurz nach ihrer Freilassung aus der *Hamas*-Gefangenschaft.

Dass Geiseln in einer UNO-Einrichtung gehalten wurden, reiht sich nahtlos in eine Reihe von Skandalen um die UNRWA ein: Denn mindestens neun UNRWA-Mitarbeiter waren am *Hamas*-Massaker in Israel am 7. Oktober beteiligt. Sie wurden deshalb im August 2024 entlassen³⁶. Die *Israel Defence Forces* (IDF) veröffentlichte dazu mehrere Beweise³⁷. Zum Beispiel eine Videoaufnahme³⁸, die zeigt, wie UNRWA-Mitarbeiter die Leiche des ermordeten Yonatan Samerano entführen. Oder die Audioaufnahme eines Telefonats zwischen UNRWA-Lehrern, in der sie sich über weibliche, israelische Geiseln misogyn auslassen.

Es verwundert demnach nicht, aber es schockiert, wenn man bedenkt, dass nach einer Recherche des *Wall Street Journal* (01/24) bis zu 10 Prozent der 13.000³⁹ UNRWA-Angestellten im Gazastreifen in enger Verbindung zur *Hamas* oder dem *Islamischen Dschihad* stehen sollen.⁴⁰ Im Februar 2024 stieß die IDF unter einer UNRWA-Einrichtung in Gaza-Stadt auf einen *Hamas*-Tunnel, in dem sich ein IT-Serverraum sowie mehrere Waffen befanden⁴¹. Im März 2024 wurde der UNRWA-Schulleiter und Vorsitzende der UNRWA-Lehrergewerkschaft Fatah al-Sharif von seinen Posten beim UNO-Hilfswerk suspendiert. Der Grund: Er agierte parallel als hochrangiger *Hamas*-Kommandeur im Libanon⁴². Der Leiter der UNRWA, quasi ein weiterer Arbeitgeber al-Sharifs, Philippe Lazzarini, will davon nichts gewusst haben⁴³. Doch auch vor dem 7. Oktober hat al-Sharif keinen Hehl um seine Verstrickungen zur *Hamas* gemacht. Eine Fotocollage von 2014 auf seinem *Facebook*profil⁴⁴ zeigt unter anderem ihn grinsend vor UNRWA-Auszeichnungen – auf dem Foto daneben ein Junge mit Maschinenpistole und einem Schal, den das *Hamas*-Emblem ziert⁴⁵.

Altbekannte Probleme

Die Kritik an der UNRWA beginnt nicht erst am 7. Oktober. Schon 2017 dokumentierten Lehrbuchanalysen die antisemitischen Inhalte der von der UNRWA bereitgestellten Bücher und Lehrmaterialien.⁴⁶ Mehr als die Hälfte der Kinder in Gaza werden in UNRWA-Schulen unterrichtet⁴⁷. Eine ausführliche Studie der israelischen NGO *IMPACT-se* (11/23) zeigt, dass Schulkindern nicht nur der Dschihad und das Märtyrertum als höchste Ehre angepriesen werden oder sich Rechenaufgaben beispielsweise thematisch an den Intifadas orientieren.⁴⁸ Es wird sogar



al-Sharifs Facebook-Fotocollage zeigt seine Verbindung zur Hamas bereits 2014.

verschwörungsideologische, antisemitische Hetze vermittelt. Beispielsweise werden Juden in einer fiktiven Erzählung als Sexualstraftäter dargestellt, die zur Belustigung Muslime entblößen und damit entehren. Bei geographischen Aufgaben wird Israel von der Landkarte getilgt. Die Studie zeigt auch anhand von Screenshots zahlreiche UNRWA-Mitarbeiter*innen, die ihre Freude über den 7. Oktober auf ihren sozialen Medien verbreiten.

Rückkehrrecht?

Ein elementares Narrativ der Lehrbücher ist das sogenannte Rückkehrrecht, das in den UNRWA-Lehrbüchern sowohl als Fundament als auch als Katalysator des an die Schulkinder weitergegebenen ideologischen Israelhasses und Antisemitismus fungiert. Rückkehrrecht meint, dass Menschen, die im Zuge der israelischen Staatsgründung und dem Israelischen Unabhängigkeitskrieg vertrieben wurden oder geflohen sind, das Recht zusteht, wieder in ihre Wohnstätten zurückkehren zu können. Am 11. Dezember 1948 wurde dieses „Recht“

in der UNO-Generalversammlung unter der Resolution 194 festgehalten: Die Resolution, heißt es dort, „beschließt, dass den Flüchtlingen, die in ihre Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühesten möglichen Zeitpunkt gestattet werden soll“⁴⁹. Allerdings, ein juristisch bindendes Recht ist dies nicht, auch nicht die das Thema erneut aufgreifende Resolution 3236⁵⁰. Resolutionen der UNO-Generalversammlung sind politische Willensbekundung ohne rechtliche Konsequenz. Dennoch wird die von palästinensischer Seite unverhandelbare Forderung einer Rückkehr der Flüchtlinge immer wieder beansprucht. Denn die Argumentation lautet: Ohne den zionistischen „Landraub“ gäbe es keine „Vertriebenen“. Die historische Komplexität wird dabei ausgelassen.

Wiederholt landet diese verklarte und eindimensionale Sichtweise auf israelfeindlichen und antisemitischen Demonstrationen in Deutschland. Denn hier lässt sich oft beobachten, wie die in Deutschland in Teilen verbotene Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“⁵¹ mit dem Traum einer vollständigen Rückkehr und der palästinensischen Übernahme Israels argumentativ gestützt wird. Bei der Parole wird das Existenzrecht Israels negiert und auf die palästinensische Bevölkerung und ihren vermeintlich alleinigen Anspruch auf das Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer referiert. Dass Jüdinnen*Juden mindestens genauso lange ansässig in der Region sind, wird außen vor gelassen.

Als fortwährendes Symbol des Rückkehrrechts gilt der Schlüssel. Vertriebene haben ihren Haustürschlüssel in der Hoffnung auf baldige Rückkehr mitgenommen. Der Schlüssel wird über Generationen hinweg weitergereicht und funktioniert so als greifbare Erinnerung an die verlorene Heimat. Die Flucht und Vertreibung wird heute von als ‚Nakba‘ bezeichnet, arabisch für ‚Katastrophe‘.



Graffiti am Kühlhaus Berlin im Februar 2025.



Ein Teilnehmer der Nakba Day-Demonstration (Berlin) im Mai 2025.

Die Symbolik findet man auch auf deutschen Nakba-Day-Demonstrationen wieder, die jedes Jahr Mitte Mai stattfinden; wie zum Beispiel auf der Demo am 15. Mai 2025 in Berlin als großer Pappschlüssel, verziert mit den Worten „UN-Resolution 194“. Auf der Rückseite befinden sich die Umrisse Israels, ausgemalt im Muster einer Kufiya. Hier verbindet sich der Schlüssel als Symbol des Rückkehrrechts mit der Fantasie, Israel von der Landkarte zu löschen.

Im Juni 2024 beschmierten Unbekannte die *Universität der Künste Berlin*. Die Graffiti nahmen auch Bezug auf das Rückkehrrecht: „Right to return“ in Kombination mit „We want 48“⁵². Hier wird Bezug genommen auf den Beginn des Jahres 1948 – eine Zeit, in der Israel noch nicht existierte. Zusätzlich werden die Schmiereien durch den Umriss der israelischen Landmasse ergänzt; darauf prangt ein Schlüssel.

Das Narrativ des Rückkehrrechts basiert auf einer einseitigen historischen Darstellung der jüdisch-zionistischen Landbesiedlung im Osmanischen Reich ab Ende 19. Jahrhundert und nach dem Ersten Weltkrieg im Britischen Mandatsgebiet Palästina und folgend der israelischen Staatsgründung. Das Narrativ ist auch inhärent verwoben mit dem UNRWA-Flüchtlingsstatus.

Schweres Erbe: Der UNRWA-Flüchtlingsstatus

Während des Bürgerkriegs 1947 sowie des israelischen Unabhängigkeitskriegs sind rund 750.000 Araber*innen aus dem Gebiet des heutigen Israels geflüchtet oder wurden vertrieben. Viele ließen sich in den umliegenden arabischen Ländern nieder⁵³. Der Gedenktag der Nakba findet am 15. Mai statt, einen Tag nach dem israelischen Unabhängigkeitstag. Denn am 15. Mai 1948 erklärten die fünf umliegenden arabischen Staaten dem jungen Staat Israel den Krieg.

Die Fluchtbewegung war Anlass, die UNRWA einzurichten. 1948 bereits in die Wege geleitet, wurde das UNO-Hilfswerk schließlich 1949 gegründet und nahm ein Jahr später die Arbeit auf. Die geflüchteten oder vertriebenen Araber*innen erhielten den extra von der UNO-Generalversammlung definierten UNRWA-Flüchtlingsstatus, der bis heute über die Männer vererbt wird. Das hat zur Folge, dass heute knapp sechs Millionen⁵⁴ palästinensische Flüchtlinge registriert sind und UNRWA-Leistungen erhalten. Die Praxis eines vererbten Flüchtlingsstatus steht entgegen der gängigen Genfer Flüchtlingskonvention und der Flüchtlingsdefinition des UNHCR. Palästinensische Flüchtlinge erhalten damit eine Sonderrolle. Das zeigt Effekte bis heute.

Denn gesellschaftlich integriert sind Flüchtlinge in ihren Aufnahmелändern trotz mehrerer Jahrzehnte Aufenthalt selten. Auch in Deutschland ist die Rechtslage schwierig: UNRWA-Flüchtlinge erhalten hier an sich keine sogenannte Flüchtlingseigenschaft⁵⁵ und erhalten diesen erst nach Wegfall von UNRWA-Unterstützung.

Ein weiteres Beispiel: Im Libanon leben heute etwa 200.000 palästinensische Flüchtlinge⁵⁶. Meistens in Flüchtlingslagern, die mittlerweile fest gebaute Stadtviertel mit eigener Infrastruktur sind. Denn die Palästinenser*innen haben im Libanon kaum Rechte: Sie haben kein Wahlrecht, dürfen kein Eigentum erwerben, ihnen wird der berufliche Aufstieg verwehrt, sie haben keinen Zugang zum staatlichen Bildungs- und Gesundheitssystem⁵⁷. Sie sind Bürger*innen zweiter Klasse.

Zeitgleich ist die UNRWA der größte Arbeitgeber dieser Flüchtlinge⁵⁸. Das begünstigt einen ideologischen Kreislauf, der mit den antisemitischen Inhalten der

UNRWA-Lehrbücher in der Schulzeit anfängt und in einem späteren Angestelltenverhältnis, das das Weitergeben dieser antisemitischen Narrative innehat, schließt. Gestützt und genährt wird dieser Kreislauf durch die Suggestion, Israel allein sei Schuld an dem Flüchtlingsproblem⁵⁹, oder die Flucht und Vertreibung während des Unabhängigkeitskriegs gar die „Ersünde Israels“ (dt. Übersetzung)⁶⁰.

Der UNRWA-Flüchtlingsstatus bleibt auch dann bestehen, wenn die Person eine Staatsbürgerschaft annimmt. Jordanien ist das derzeit einzige arabische Land, das palästinensischen Flüchtlingen eine Staatsbürgerschaft ermöglicht. Das heißt aber auch, dass etwa zwei Millionen Jordanier*innen als UNRWA-Flüchtlinge registriert sind, die keinerlei direkten Bezug zu Palästina haben und dennoch Hilfeleistungen empfangen.

Faustpfand Rückkehrrecht

Der UNRWA-Flüchtlingsstatus ist der ideologische Dreh- und Angelpunkt im kollektiv- und identitätsstiftenden Narrativ des palästinensischen Rückkehrrechts.

Die Etablierung eines palästinensischen Volks(begriffs), wie es der *Palästinensischen Befreiungsorganisation* (PLO) unter Jassir Arafat in den 1970ern erfolgreich gelungen ist⁶¹, und dem damit erst möglich gemachten palästinensischen (statt panarabischen) Nationalismus, wurzelt auch im UNRWA-Flüchtlingsstatus. Denn die mittlerweile registrierten sechs Millionen Flüchtlinge werden als Faustpfand und Druckmittel in der Delegitimierung des israelischen Existenzrechts durch die Argumentation des Rückkehrrechts benutzt. Gleichzeitig verhindert der Flüchtlingsstatus größtenteils eine Integration in arabische Länder. Das Festhalten daran stellt die Frage, ob eine solche überhaupt gewollt ist. Sicher ist: Eine Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge würde, auch bei erfolgreicher Integration in den Staat Israel, das Ende des jüdischen Staates bedeuten. Jüdinnen*Juden wären dann auch in diesem heute einzigen Land der Welt mit jüdischer Bevölkerungsmehrheit nicht mehr in der Mehrheit.

Die UNRWA nährt seit Jahrzehnten antisemitische Narrative, festigt israelfeindliche Positionen und torpediert letztendlich damit den Frieden im Nahen Osten. Und Deutschland trägt daran Anteil.

Im Januar 2024 stellten die USA und auch Deutschland unter weiteren Staaten jedoch kurzzeitig die Zahlungen an die UNRWA ein.⁶² Eine verspätete Reaktion auf die erdrückende Beweislast über die Beteiligung mehrerer UNRWA-Mitarbeiter am 7. Oktober. Doch nachdem eine interne UNO-Untersuchungskommission die Vorwürfe abgewiesen hatte⁶³, wurden die deutschen Zahlungen, wenn auch reduziert, wieder aufgenommen⁶⁴. Der Präsident des *Zentralrats der*

Juden in Deutschland, Josef Schuster, bezeichnet diesen Schritt als „nicht nachvollziehbar“⁶⁵. Denn der sogenannte Colonna-Bericht wurde stark kritisiert⁶⁶. An dieser Stelle ist auch anzumerken, dass die Wiederaufnahme der Zahlungen erfolgte, *bevor* weitere interne Ermittlungen gegen 19 UNRWA-Mitarbeiter*innen im August 2024 abgeschlossen waren.⁶⁷ Diese Ermittlungen führten letztendlich zur Kündigung mehrerer Mitarbeiter*innen. Die USA wiederum setzen ihre Zahlungen weiterhin aus.

Die UNRWA arbeitet im Übrigen auch *gegen* die Resolution 194 ihrer Mutterorganisation UNO: Denn eine Rückkehr von Menschen, die „in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen“⁶⁸ verhindert auch die UNRWA durch ihre erschreckenden Verstrickungen in die Gewalt des 7. Oktobers und durch ihr systemisches Versagen.

Das Scheitern der feministischen Bewegung nach dem 7. Oktober: UN Women und Demonstrationen in Deutschland

Bereits am 7. Oktober 2023 gelangten erste Berichte zu Übergriffen sexualisierter Gewalt seitens der *Hamas* an die breite Öffentlichkeit. Denn beinahe parallel zu den Attacken spielte die islamistische Terrorgruppe die verstörenden, grausamen Bilder ihrer Gräueltaten in die sozialen Medien. Kurze Zeit später berichteten überlebende Frauen⁶⁹, was Frauen weltweit bereits vermuteten: Viele wurden Opfer von (Massen-)Vergewaltigungen, von Missbrauch, von sexualisierter Gewalt. Ermordete, vergewaltigte Frauen wurden verstümmelt, ihre geschundenen Körper als Kriegstrophäen in die Kamera gehalten. Ersthelfer*innen bestätigten die Erfahrungen der überlebenden Frauen. Die *Hamas* hingegen leugnete die sexualisierte Gewalt, denn sie sei gegen das islamische Gesetz, das außerehelichen Sex verbiete.⁷⁰

Die schockierenden Bilder und Videos sowie die Aussagen der Zeuginnen lösten keine Welle internationaler Solidarität mit den Opfern aus. Im Gegenteil: Kleinreden, gar Schweigen traten an die Stelle, an der Empathie nötig gewesen wäre. Die fehlende

Unterstützung feministischer Gruppen für jüdische Opfer formt ein seitdem bestehendes Vakuum, das den feministischen Grundsatz „Glaubt den Opfern“ aufzulösen scheint. Nicht nur wird die sexualisierte Gewalt bagatellisiert oder dethematisiert, teils wird sie auch geleugnet.

Das zeigt sich auch in Deutschland. So stilisiert eine Rednerin der Gruppe *Sozialismus von unten* auf der Leipziger Frauentagsdemo 2024 des 8. März Bündnis die sexualisierte Gewalt der *Hamas* zur kalkulierten Lüge: „Kolonialer Feminismus stellt (...) unsere Männer kollektiv als brutale Aggressoren und Sexualstraftäter dar (...). Palästinensische Jungen und Männer wurden pauschal als blutrünstige Terroristen, Vergewaltiger und Wilde dargestellt, um den Völkermord und die kollektive Bestrafung von uns Palästinenser*innen zu rechtfertigen (...)“.⁷¹

Auch 2025 wurden israelfeindliche Inhalte auf der Leipziger 8. März Bündnis-Frauentagsdemo reproduziert: Demonstrant*innen rufen „Zionismus ist Faschismus“⁷².



privat, Juni 2024

Graffiti auf dem Campus der Alice Salomon Hochschule Berlin.

Das Bündnis selbst bietet der radikal antizionistischen Gruppe *Handala* sogar die Möglichkeit für einen Redebeitrag. Online ist dieser im Nachhinein nicht verfügbar⁷³ – das Bündnis weiß wohl um die Brisanz. Denn der sächsische Verfassungsschutz beobachtet *Handala*. Die Gruppe, so heißt es in einer Erklärung, solidarisiere sich mit der *Hamas*.⁷⁴

Die Erodierung feministischer Grundsätze bezeugt auch der Umgang mit einem Graffiti auf dem Campus der *Alice Salomon Hochschule Berlin*: Anfangs zeigte es „Rape not resistance“. Dann wurde ein Smiley über „not“ platziert und „is“ ergänzt, sodass „Rape is resistance“ zu lesen war.⁷⁵ Dass das Massaker vom 7. Oktober „Widerstand“ gewesen sei, hatte die „feministische“ Gruppe *Zora* bereits am 12. Oktober 2023 aufgegriffen. In einem *Instagram*-Post hatte die marxistisch-leninistische Jugendorganisation die sexualisierte Gewalt der *Hamas* als „legitimen Widerstand“ bagatellisiert und rechtfertigt. Denn die „Befreiung eines unterdrückten Volkes“ könne nicht ohne Gewalt stattfinden. Im Post wurde auch zur Unterstützung der Terrorgruppe *Volksfront zur Befreiung Palästinas* (PFLP) aufgerufen.⁷⁶

Das Versagen eines universalen Feminismus, der auch solidarisch mit Jüdinnen ist, spiegelt sich auch innerhalb der UNO wider. Im engeren Sinne beschäftigen sich dort zwei Einrichtungen mit der Förderung

1947

29. November: UNO-Teilungsplan für das Mandatsgebiet Britisch-Palästina

Die UNO-Generalversammlung beschließt mit der Resolution 181 (II) einen Teilungsplan für das ehemalige Mandatsgebiet Britisch-Palästina. Der Plan sieht einen jüdischen und einen palästinensischen Staat im Nahen Osten vor. Die arabischen Staaten lehnen den Plan ab.

2. Dezember: Pogrom von Aden (Jemen)

Ausgelöst vom UNO-Teilungsplan kommt es zu vielen antijüdischen Protesten im Nahen Osten. In Aden schlägt die Gewalt zu einem mehrtägigen Pogrom um.

1948

14. Mai: Staatsgründung Israels

9. Dezember: Verabschiedung der Genozid-Konvention

Die UNO-Generalversammlung beschließt per Resolution 260 A (III) die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes. Die Konvention tritt 1951 in Kraft.

Screenshot, Instagram, 17.02.2025



Der X-Beitrag der UN Women-Vorsitzenden wurde ebenfalls bei Instagram geteilt.



Francesca Albanese, UN Special Rep... @Franc... · Mar 8, 2024 · X · ...
My thoughts today are with the women & young girls of Gaza. May they find the "second of safety" they desperately need.
My thoughts also go to the Israeli women, especially the soldiers: what have you done, what have you become. Dears, when you realise it, you will be haunted forever

Francesca Albanese am Frauentag 2024.

von Frauen, Frauenrechten/-schutz und Gleichstellungsfragen: Zum einen die *Kommission der Vereinten Nationen zur Rechtsstellung der Frau* (UNCSW), dessen Vorsitz Saudi-Arabien seit März 2024 innehat, und die unter anderem von UNCSW gelenkte, jedoch weitaus prominentere Organisation UN Women.

UN Women formuliert auf der Website vier strategische Prioritäten ihrer Arbeit. Eine Priorität lautet: „Alle Frauen und Mädchen leben ein Leben frei von jeglicher Form von Gewalt“⁷⁷ (dt. Übersetzung). Dennoch kam das erste Statement auf den 7. Oktober 2023 in den sozialen Medien von UN Women erst in Form eines Hinweises bei *Instagram* am 14. Oktober. In einem Halbsatz werden die Attacken auf israelische Zivilist*innen erwähnt, die *Hamas*, die weiblichen Geiseln und die brutale sexualisierte Gewalt bleiben dagegen unerwähnt.⁷⁸

Die Vorsitzende von UN Women, Sima Bahous, war immerhin schneller. Sie schrieb bereits am 8. Oktober 2023 bei X: „Die Eskalation der Feindseligkeiten in #Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten ist äußerst besorgniserregend. Alle Zivilisten, einschließlich Frauen und Mädchen, müssen unbedingt geschützt werden. Wir fordern eine sofortige Deeskalation und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts.“⁷⁹ (dt. Übersetzung)

Zwar eine rasche, aber zugleich überraschende Reaktion, denn sie bagatellierte die grausamen Bilder und Videos sowie die Aussagen der Überlebenden und Ersthelfer*innen. Die *Hamas* als Täter erwähnte sie nicht. Sie verurteilte zwar die Gewalt gegen Zivilist*innen – doch was ist mit den entführten israelischen Soldatinnen? Auf die kommt die *UNO-Sonderbericht-erstatte*rin für die besetzten palästinensischen Gebiete seit 1967, Francesca Albanese, am Internationalen Frauentag 2024 zu sprechen. In einem Beitrag bei X erinnert sie höhnisch israelische Frauen an ihre Mitschuld: „Meine Gedanken sind heute bei den Frauen und jungen Mädchen in Gaza. (...) Meine Gedanken sind auch bei den israelischen Frauen, besonders bei den Soldatinnen: Was habt ihr getan, was ist aus euch geworden. Ihr Lieben, wenn ihr das begreift, werdet ihr für immer davon heimgesucht werden.“⁸⁰ (dt. Übersetzung)

„Me too, unless you're a jew“ ist seither die bittere Schlussfolgerung von Feminist*innen, die sich

solidarisch mit den Frauen vom 7. Oktober zeigen. Die jüdische Aktivistin Rosa Jellinek formulierte im Herbst 2024 in einem Interview mit *belltower.news* dazu folgende Perspektive: „Was es eigentlich gebraucht hätte, ist zu den eigenen Werten zu stehen, Vergewaltigungen nicht zu leugnen oder zu relativieren, sondern eine echte feministische Solidarität zu zeigen, auch wenn sie nicht in die eigenen Narrative und Vorstellungen passt, sondern die zu hinterfragen und Gleichzeitigkeiten auszuhalten.“⁸¹

Die fehlende Auseinandersetzung mit dem 7. Oktober veranlasste die *Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland* (ZWST) im November 2023 ein Forderungspapier zu veröffentlichen, das den Umgang von Menschenrechtsorganisationen und explizit der UNO scharf als unzureichend kritisiert. Im Papier ist die „gezielte geschlechterbezogene Gewalt gegen Mädchen und Frauen in Form von schwersten Misshandlungen, Massenvergewaltigungen und der Androhung von Menschenhandel und Zwangsprostitution in Geiselhaft“ festgehalten.⁸² Es scheint gang und gäbe, dass jüdische Stimmen um eine ernstzunehmende Wahrnehmung des 7. Oktober kämpfen müssen – und dennoch kaum beachtet werden.

Dass es auch anders geht, zeigt ein Beispiel aus Berlin. Dort hat sich das feministische Bündnis *feminism unlimited* etabliert, das seit 2024 unter anderem auch zum Frauentag zu antisemitismuskritischen Demonstrationen in Solidarität mit Jüdinnen aufruft. Dem Aufruf folgten zum 8. März 2025 etwa 4.000 Personen.⁸³ Auch in diesem Jahr war auf Schildern eine berechtigte Forderung zu lesen: Believe Israeli Women.



Schild auf der *feminism unlimited*-Frauentagsdemo am 8. März 2025

1949

11. Mai: Aufnahme Israels in die UNO

Die UNO-Generalversammlung nimmt Israel per Resolution 273 (III) mit 37 zu 12 Stimmen und neun Enthaltungen in die UNO auf.

15. Mai – 20. Juli: Israelischer Unabhängigkeitskrieg

Syrien, Libanon, Jordanien, Ägypten und der Irak greifen Israel an. Israel siegt militärisch, ein Waffenstillstandsabkommen unter Vermittlung der UNO beendet den Krieg.

8. Dezember: Gründung der UNRWA

Die UNO-Generalversammlung gründet das *Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten* (UNRWA).

1967

5. bis 10. Juni: Sechstagekrieg

Ägypten provoziert den israelischen Präventivschlag, auf den die jordanische und syrische Kriegserklärung folgt. Der Krieg endet mit erheblichem Landverlust für die arabischen Kriegsparteien.

22. November: Resolution 242

Der UNO-Sicherheitsrat verabschiedet die Resolution 242 und erklärt, dass die „Verwirklichung der Grundsätze der Charta die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten verlangt“. Der Frieden verlange den „Rückzug der israelischen Streitkräfte aus (den) Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden“.

1973

6. Oktober – 25. Oktober: Jom-Kippur-Krieg

Ägypten und Syrien greifen Israel am höchsten jüdischen Feiertag an. Im Zuge des ägyptisch-israelischen Waffenstillstands wird Israel das erste Mal von einem arabischen Staat anerkannt.

„Wer sexualisierte Gewalt verurteilt, muss dies konsequent tun – unabhängig von politischen oder ideologischen Überzeugungen“

Interview mit Sharon Adler

Das Interview wurde am 9. April 2025 geführt.

Inwiefern begegnet dir Antisemitismus in feministischen Kreisen seit dem 7. Oktober?

Sharon Adler: Überall – der Antisemitismus, der sich in der Entsolidarisierung mit den Opfern sexualisierter Gewalt des 7. Oktober zeigt, herrscht überall vor. Ob in (queer)feministischen Kreisen und Communities, Kunst und Kultur, oder Organisationen. Es gab und gibt bis heute keine Sensibilität, keine Statements, keine Solidarität.



Sharon Adler

ist Journalistin und Fotografin. Seit 1999 ist sie Herausgeberin des Online-Magazins *Aviva*.

Welche Rolle spielt die UNO hierin?

Nicht nur Organisationen wie *Terre des Femmes*, auch Organe der UNO wie *UN Women* haben geschwiegen und gezögert. Sogar *unicef*, obwohl wir mittlerweile wissen, dass auch Kinder passiv sexualisierter Gewalt ausgesetzt waren. Letztendlich beobachte ich auf der einen Seite das allgemeine Ausbleiben von Solidarisierung und Empathie und auf der anderen Seite eben eine ganz klare Entsolidarisierung mit jüdischen Personen. Auf persönlicher Ebene hat mich das sehr enttäuscht und grenzt meinen Radius an Safe Spaces enorm ein. Die (nichtjüdische) feministische Szene hat für mich persönlich nach dem 7. Oktober ausgedient.

Ist diese Haltung neu in feministischen Kreisen oder ist sie dir schon länger bekannt?

Leider hat sie eine lange Geschichte. Bereits in den 1970er- und 1980er-Jahren wurden Jüdinnen in lesbischen und feministischen Kreisen ausgeschlossen. Ihnen wurde unterstellt, sie könnten keine Feministinnen sein, da das Judentum patriarchal sei und demnach Jüdinnen an sich keine Feministinnen sein könnten. Zum Beispiel stießen die Mitglieder des *Jüdisch-Lesbischen Schabbeskreises* oft auf Vorurteile in der feministischen Bewegung und wurden als Gruppe ausgegrenzt. Diese Haltung setzte sich auch politisch fort: In den 1970er-Jahren solidarisierten sich viele linke Gruppen mit der *Roten Armee Fraktion* und der *Palästinensischen Befreiungsorganisation*, während Israel als kolonialistischer Staat dargestellt wurde. Diese Narrative haben sich bis heute gehalten und prägen die queerfeministische Szene weiterhin – auch nach den schrecklichen Ereignissen des 7. Oktober. Heute werden beispielsweise jüdische Queer-Gruppen bei Pride-Märschen ausgeschlossen.

Ein besonders prägendes und aktuelles Erlebnis in 2024 war meine Laudatio bei der Verleihung des *Berliner Preises für lesbische Sichtbarkeit* im Roten Rathaus. Ich wollte die Gelegenheit nutzen, um auf die historische und aktuelle Entsolidarisierung mit Jüdinnen hinzuweisen – insbesondere nach dem 7. Oktober. Doch schon im Vorfeld wurde mir nahegelegt, kritische Passagen zu streichen, da sie „Irritationen“ auslösen könnten.

Wie ging das aus?

Ich habe gemeint, dass ich entweder komme und die Rede genauso halte, wie sie gedacht ist – oder eben nicht komme. Denn ich kann mich dann dort nicht hinstellen und so tun, als sei alles in Ordnung. Ich bin dann zur Preisverleihung gegangen und konnte die Laudatio genauso halten.

Du meinstest mal bei einem Vortrag: „Der Angriff auf Jüdinnen am 7. Oktober ist ein Angriff auf alle Jüdinnen weltweit gewesen.“

Mit dem 7. Oktober wurde das kollektive jüdische Bewusstsein und somit die transgenerationalen Traumata getriggert. Zeitgleich verschwinden immer mehr Safe Spaces für Jüdinnen*Juden. Wenn ich Schmierereien mit „Intifada“ oder das rote *Hamas-Dreieck* an öffentlichen Orten sehe, dann betrifft mich das als Jüdin direkt. Mit den Bildern

des 7. Oktober müssen Jüdinnen seit eineinhalb Jahren leben. Wir werden tagtäglich mit einer Glorifizierung dieser Taten konfrontiert. Egal, ob digital oder analog.

Online kam nach dem 7. Oktober der Hashtag #metoounlessyoureajew auf.

Die Kampagne #metoounlessyoureajew ist an die globale Solidaritätsbewegung #metoo angelehnt. Die Menschenrechtsaktivistin Danielle Ofek hat die Kampagne wenige Wochen nach dem 7. Oktober ins Leben gerufen, um auf das Schweigen der *UN Women* aufmerksam zu machen. Vor allem nach der *UN Women*-Kampagne zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen 2023. Ich habe weder in der *UN Women*-Kampagne, noch in den zahlreichen anderen Kampagnen, Pressemitteilungen, Statements rund um diesen Gedenktag eine Solidarisierung mit den Opfern der sexualisierten Gewalt am 7. Oktober finden können. Ich habe daraufhin unter anderem *UN Women* kontaktiert und bekam dort nur eine kalte Antwort, man habe diesbezüglich noch nicht genügend Expertise erlangt. Denn weder für *UN Women*, die ein globaler Vorkämpfer für die Gleichstellung der Geschlechter sein will und für eine Bewusstseinschärfung für Menschenrechtsverletzungen an Frauen kämpft, noch die UNO insgesamt, zählen Jüdinnen*Juden.

Ich gehe mit den grauenvollen Bildern des 7. Oktober jeden Abend ins Bett und wache auch mit ihnen auf. Das Schweigen dieser großen Organisationen hat mich wahnsinnig enttäuscht. Denn Solidarität darf keine Frage der Identität sein. Wer sexualisierte Gewalt verurteilt, muss dies konsequent tun – unabhängig von politischen oder ideologischen Überzeugungen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat sich ebenfalls kaum wegen der israelischen Geiseln in Gaza eingebracht.

Die WHO besitzt ein hohes internationales Ansehen und verfügt über ein unglaubliches Budget. Aber die WHO will es anscheinend nicht auf dem Schirm haben, dass Frauen und Kinder Opfer von Gewalt wurden, am 7. Oktober und auch in der *Hamas*-Gefangenschaft. Es gibt keine Schlagzeilen, es gibt keine Sympathien für die Seite der Israelis. Die Organisation hat dadurch für mich im Prinzip jede Legitimation verloren. Denn es hätte wirklich Mittel und Wege gegeben, auf den prekären gesundheitlichen Zustand der Geiseln aufmerksam zu machen oder personalisierte Hilfsgüter, wie Medikamente oder Hygieneartikel, zukommen zu lassen. Es offenbart sich hier im Gegenteil eine Haltung, die zeigt, auf welcher Ebene Hass gegen Jüdinnen*Juden stattfindet und auch protegert wird.

1974

14. Oktober: UNO lädt PLO ein

Die UNO-Generalversammlung beschließt, die *Palästinensische Befreiungsorganisation* (PLO) zur Plenardiskussion ihrer Versammlung einzuladen.

13. November: PLO spricht vor UNO

Jassir Arafat, Anführer der PLO, hält mit Kufiya, Ölzweig und Pistolengürtel eine Rede in der UNO-Generalversammlung, die als ‚Ölzweigrede‘ bekannt geworden ist.

22. November: UNO-Resolutionen 3236 und 3237

Die UNO-Generalversammlung beschließt per Resolution 3236 das palästinensische Selbstbestimmungsrecht. Die Resolution hält auch das „unveräußerliche Recht der Palästinenser auf Rückkehr“ fest. Per Resolution 3237 erhält die PLO als offizielle Vertretung des „palästinensischen Volkes“ den Beobachterstatus in der UNO-Generalversammlung.

29. November: UNO-Resolution 3246

Die UNO-Generalversammlung beschließt per Resolution 3246 die „Legitimität des Kampfes der Völker für Befreiung [...] mit allen vorhandenen Mitteln, inklusive bewaffnetem Kampf“.

1975

10. November: UNO-Resolution 3379

Die UNO-Generalversammlung legt per Resolution 3379 fest, Zionismus sei eine Form von Rassismus. 1991 nimmt die Generalversammlung ihre Resolution zurück.

1987

8. Dezember: Beginn erste Intifada

Die palästinensische Revolte endet 1993 mit dem Osloer Friedensvertrag und der Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde.

1988

15. November: Palästinensische Unabhängigkeitserklärung

Der Palästinensische Nationalrat beschließt die Unabhängigkeit und ruft den Staat Palästina aus. 147 der 193 UNO-Mitgliedstaaten erkennen heute den Staat Palästina an.

1993

12. Januar: Resolution E/CN.4/1993/24

Der UNO-Menschenrechtsrat beschließt per Resolution E/CN.4/1993/24 ein Mandat für den *UNO-Sonderberichterstatter zur Menschenrechtssituation in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten*. Das Mandat dauert maximal sechs Jahre und hat die Aufgabe, die Menschenrechtsslage in den palästinensischen Gebieten in Jahresberichten zu beurteilen.

Weltbild der Superlative: die UNO und der Genozidvorwurf gegen Israel

Berlin, 18. Februar 2025: An einem kalten Nachmittag steht eine Menschentraube vor der Aula der marxistisch-leninistischen Tageszeitung *Junge Welt*. Auf dem Gehweg werden Flyer mit der Botschaft verteilt, Deutschlands Geld fließe in die „Unterstützung von Völkermord und Besatzung in Palästina“. Ein neugieriger Passant fragt, wer in der Aula sprechen werde. „Francesca Albanese“, lautet die knappe Antwort. Die *UNO-Sonderberichterstatterin für die besetzten Gebiete Palästinas seit 1967*.

Als Albanese die Bühne betritt, haben die meisten schon ihre Handys gezückt. Das Publikum begrüßt sie wie einen Popstar, erhebt sich und jubelt: „We love you, Francesca!“ Eine Popularität, die vielleicht sonst niemand in der UNO genießt⁸⁴.

An diesem Tag haben die linke Partei *DiEM25* sowie *Jüdische Stimme*, *Eye4Palestine* und *Gaza Komitee Berlin* zu einer Tagung eingeladen⁸⁵. Organisationen, die antizionistische Positionen vertreten und an der Anti-Israel-Mobilisierung seit dem 7. Oktober beteiligt sind. Albanese ist die Headlinerin und hält die Keynote. „Der Grund, warum ich hier hergekommen bin, ist, um über den Genozid zu sprechen“, leitet Albanese in englischer Sprache ein.⁸⁶ Das Publikum weiß, worum es gehen wird: um Gaza, um Israel.

Albanese betont, als UNO-Vertreterin nach Berlin gekommen zu sein. Gleich zu Beginn baut sie sich und ihre folgenden Worte also als Legitimationsinstanz auf. Einige Zuschauer*innen sind bekannte Anti-Israel-Aktivist*innen, viele tragen Kufiya. Albanese ist

ein wichtiger Bezugspunkt in der antizionistischen Szene.

Der rote Faden der „Israelkritik“

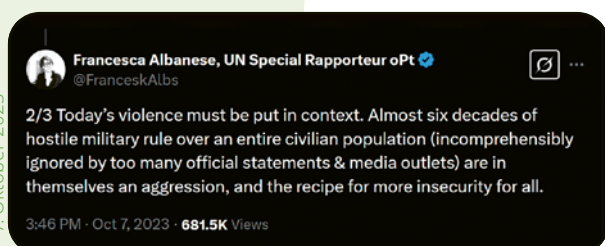
Albanese ist bekannt für ihre harschen Worte. Schon 2014 schrieb sie in einem Offenen Brief, die USA werde von einer „jüdischen Lobby unterworfen“⁸⁷. Später ruderte sie zurück, sie habe die „Israel-Lobby“ gemeint⁸⁸. Als sie im Mai 2024 in einem Interview des Journalisten Tilo Jung auf diese Verschwörungserzählung angesprochen wurde, wich sie aus: Es gebe so viele Verschwörungstheorien. Diese kenne sie nicht.⁸⁹

Seit dem 7. Oktober eskaliert ihre Rhetorik zunehmend. In Postings nutzte sie die Hashtags „#GazaGhetto“ und „#GazaGenocide“⁹⁰, verglich Netanjahu mit Hitler⁹¹ und bestritt die antisemitische Motivation des *Hamas*-Massakers⁹². Am Tag des *Hamas*-Massakers postete sie auf X: „Die heutige Gewalt muss im Kontext gesehen werden.“ (dt. Übersetzung)⁹³.

Das sind keine Einzelfälle der UNO-Sonderberichterstatterin. Antisemitische und antizionistische Narrative ziehen sich wie ein roter Faden durch ihr öffentliches Auftreten. Als ein Journalist im November 2024 nach dem Existenzrecht Israels fragte, antwortete sie knapp: „Ja, Israel existiert“⁹⁴. Existenzrechte hätten Menschen, keine Staaten, schließt sie. Es fällt ihr sichtlich schwer, das Existenzrecht und die Souveränität Israels zu bejahen.

Gleichzeitig verharmlost sie die *Hamas*. Als 2014 das Gericht der Europäischen Union die *Hamas* von ihrer Terrorliste nahm, schrieb Albanese in den sozialen Medien, dies sei eine erfreuliche Nachricht⁹⁵. Tilo Jung sprach sie im Interview auf ihre Äußerung an. Zwar sagte sie, die *Hamas* habe Verbrechen begangen, aber betonte, sie sei keine Terrororganisation⁹⁶. Schließlich sei Terrorismus im internationalen Recht nicht definiert. Schon 2022 behauptete sie, die *Hamas* leiste lediglich Widerstand gegen ein Besatzungsregime.⁹⁷

X-Post von Francesca
Albanese am
7. Oktober 2023



X-Post von Francesca Albanese am 7. Oktober 2023

Gaza holds international conference on Israeli blockade

Monday, 28 November 2022 5:42 PM [Last Update: Monday, 28 November 2022 5:42 PM]



Ashraf Shannon
Press TV, Gaza

Hamas's Council on International Relations has held an international conference on the impact of the Israeli blockade.

Screenshot: Press TV (Iran)

Screenshot des iranischen Staatssenders
PressTV des Auftritts von Albanese bei der
Hamas-Konferenz 2022.

Alleine ist Albanese mit ihrer Sicht nicht. So negierte im Februar 2024 der damalige UNO-Nothilfekoordinator Martin Griffiths die *Hamas* als Terrororganisation und verharmloste sie stattdessen als „politische Bewegung“ (dt. Übersetzung)⁹⁸. Auch die UNO listet die *Hamas* nicht als Terrororganisation.⁹⁹

Wo UNO-Vertreter*innen bagatellisieren, ist die Bundesregierung klar: Das Innenministerium verhängte im November 2023 ein Betätigungsverbot gegen die *Hamas*. In der Pressemitteilung wird sie als „Terrororganisation“¹⁰⁰ bezeichnet.

Albanese verkörpert die *Hamas* nicht nur, sondern sucht auch ihre Nähe: 2022 sprach sie auf einer Konferenz in Gaza, organisiert vom *Rat für internationale Beziehungen der Hamas*¹⁰¹. Sie war online zugeschaltet und versicherte den Zuhörern: „Ihr habt das Recht, gegen die Besatzung Widerstand zu leisten.“¹⁰² Eine Besatzungsmacht erfordere Gewalt und erzeugt diese¹⁰³.

Wer ist Francesca Albanese?

Francesca Albanese ist seit Mai 2022 die achte *UNO-Sonderbeauftragte für die besetzten palästinensischen Gebiete seit 1967*. Die italienische Juristin ist spezialisiert auf internationales Recht, Menschenrechte und den Nahen Osten. Ihre Karriere bei der UNO beginnt 2003 im UNO-Büro der *High Commissioner for Human Rights* (UNHCR) und UNRWA. Dort hat sie bis 2012 gearbeitet. Sie lehrt seit 2018 an Universitäten in Europa und im Nahen Osten.¹⁰⁴ Albanese fällt immer wieder mit antisemitischen und israelfeindlichen Postings auf. Damit spielt sie für die antisemitische Mobilisierung eine prominente Rolle, auch in Deutschland. Die NGO *UN Watch* dokumentiert und kritisiert Albanese schon länger. Die NGO fordert ihre Entlassung.¹⁰⁵ Nach ihrem Hitler-Netanjahu-Vergleich am 25. Juli 2024 auf X werden weitere Stimmen laut, Albanese aus ihrem Amt zu entheben.¹⁰⁶ Im April 2025 wurde bekannt, dass ihre Stelle um eine weitere Amtszeit verlängert wurde.

Die UNO-Generalversammlung hat im November 1974 die „Legitimität des Kampfes der Völker für Befreiung [...] mit allen vorhandenen Mitteln, inklusive bewaffnetem Kampf“¹⁰⁷ in der Resolution 3246 ausdrücklich anerkannt.

Vereint im Genozidvorwurf

Genf, 26. März 2024: Beim UNO-Menschenrechtsrat stellt Albanese ihren 27-seitigen Bericht „Anatomie eines Genozids“¹⁰⁸ vor. Der Bericht kommt zum Schluss, Israel begehe in Gaza einen Völkermord. Albanese verurteilt zwar die Taten der *Hamas* und fordert die Freilassung der Geiseln, aber stellt klar, der 7. Oktober müsse historisch eingeordnet werden. Sie rekonstruiert die Geschichte Israels als eine Geschichte von Formen und Vorformen des Genozids: „displacing and erasing the Indigenous Arab presence“ vor und während der Staatsgründung, „mass ethnic cleansing“ in den Jahren 1947-49, „settler-colonial project through military occupation“ seit 1967 und heute „genocide“ in Gaza.¹⁰⁹ Albanese argumentiert also, Israels Handlungen besäßen grundsätzlich eine genozidale Logik. Denn: Israel betreibe „Siedlerkolonialismus“ in Palästina und dieser strebe an, eine ethnische Gruppe zu verdrängen oder zu vernichten. Völkermord sei schlicht die weiteste Form des „Siedlerkolonialismus“.¹¹⁰ Die UNO-Sonderberichterstatterin setzt sich mit dem Bericht gegen den jüdischen Staat als Ganzes ein. Israel hat in ihrer Argumentation keine Existenzberechtigung mehr.

Die Ereignisse seit dem 7. Oktober sind nur der Anlass, um den Vorwurf eines Genozids zu erneuern. Damit werden das *Hamas*-Massaker und die Geiselnahme von Israelis von ihr nicht als Kriegsursache betrachtet. Ihre Erzählung lautet: Israel führe diesen Krieg aufgrund seiner genozidalen Absicht, die auf seinem Siedlerkolonialismus basiere. Der aktuelle Völkermord im Gazastreifen stelle eine Eskalation eines kolonialen Auslöschungsprozesses dar.

Albanese spielt mit historischen Vergleichen, auch mit Vergleichen zur Shoah. Ihr Bericht nutzt den Titel eines Buches des renommierten Shoah-Forschers Omer Bartov. In seinem Buch „Anatomy of a Genocide: The Life and Death of a Town Called Buczacz“ (2018) berichtet er über eine ukrainische Kleinstadt im Nationalsozialismus. Mit ihrem Buch „J'accuse“ (deutsch: Ich klage an), das 2023 auf Italienisch erschien, bezieht sie sich auf einen Offenen Brief von Émile Zola. 1898 intervenierte Zola in einen Antisemitismus-Skandal und stellte sich auf die Seite des jüdischen Offiziers Alfred Dreyfus.¹¹¹

Als Albanese ihren Bericht im UNO-Menschenrechtsrat vorstellte, blieb Israel der Sitzung fern. Auf X schrieb die Vertretung Israels beim UNO-Menschenrechtsrat:

„Der Bericht ist daher eine obszöne Umkehrung der Realität, bei der eine sogenannte Expertin ungeheuerliche Anschuldigungen erheben kann, je extremer, desto besser“¹¹². Seinen Effekt hat der Bericht trotzdem – oder vielleicht gerade deswegen. Die Genozidvorwürfe gegen Israel werden lauter. Dazu trägt die UNO durch Albanese bei.

Keineswegs vertritt Albanese die Einheitsmeinung der *Vereinten Nationen*. Aber sie ist eine der lautesten und meistgehörten Stimmen. Ein Fall sorgte Ende 2024 für Aufsehen: Alice Wairimu Nderitu war von 2020 bis 2024 die *UNO-Sonderberaterin zur Verhütung von Völkermord*. In einer Stellungnahme vom 29. November 2024 sprach sie sich dagegen aus, von einem Genozid in Gaza zu sprechen.¹¹³ Ihr Mandat erlaube es nicht, dieses Urteil zu fällen. Es sei die Aufgabe von Gerichten. Ihr Vertrag wurde nicht mehr verlängert. Eine Begründung hierfür blieb aus.

Kaum jemand dürfte Nderitus Namen kennen, Albanese hingegen hat eine gewisse Bekanntheit und Popularität erlangt. Ihre Thesen zum Genozid funktionieren auch deshalb so gut, weil sich nun auch das höchste Gericht – nämlich der *Internationale Gerichtshof*, das höchste Rechtsprechungsorgan der UNO – mit dem Genozidvorwurf beschäftigt.

Israel vor dem Internationalen Gerichtshof

Den Haag, 29. Dezember 2023: Der südafrikanische UNO-Vertreter bezichtigt Israel vor dem *Internationalen Gerichtshof* des Genozids. Er wirft dem jüdischen Staat vor, im Gazastreifen einen Genozid an den Palästinenser*innen zu verüben. Nicht nur die hohe Zahl der Getöteten, sondern auch die Grausamkeit der israelischen Handlungen erschüttere. Systematisch würden Palästinenser*innen getötet und erlitten schwere körperliche und seelische Schäden. Die Lebensbedingungen, die Israel den Menschen aufzwinge, seien ein direkter Versuch, die palästinensische Bevölkerung zu vernichten¹¹⁴.

Der *Internationale Gerichtshof* nahm die Klage an. Es wird aber sicherlich Jahre dauern, bis das Gericht ein Urteil fällt. Der Klage Südafrikas, die wenigen Wochen nach dem *Hamas*-Massaker formuliert wurde, schlossen sich 13 weitere Staaten an, darunter Belgien und Spanien. Deutschland nicht. Die Bundesregierung erklärte, den „gegen Israel erhobenen Vorwurf des Völkermords“ weise man „entschieden und ausdrücklich zurück“. Der Vorwurf „entbehrt jeder Grundlage“, so der Regierungssprecher¹¹⁵. Nicaragua klagte einige Monate später, im März 2024, Deutschland vor dem *Internationalen Gerichtshof* der Beihilfe zum Genozid an.¹¹⁶ Außerdem fordert Nicaragua in einem Eilantrag, dass Deutschland ihre Waffenlieferung an Israel stoppt. Die Forderung hat der IGH zurückgewiesen.¹¹⁷



Banner in der Alice Salomon Hochschule Berlin

Aber was bedeutet eigentlich „Genozid“? Nach der Genozid-Konvention von 1948 kommt es nicht auf eine hohe Anzahl an Opfern an. Sondern zentral ist, ob die Absicht bestand, eine Bevölkerungsgruppe ganz oder teilweise zu vernichten¹¹⁸. Die Intention genügt und ist essentiell¹¹⁹. In den aktuellen Diskursen wird der Begriff oft ohne diese rechtliche Grundlage verwendet. Denn in den meisten Fällen dient der Genozidvorwurf politischen Zwecken, nicht der Aufklärung eines Genozids.

Anti-Israel-Aktivismus in Deutschland

Nicht nur auf internationaler Ebene, auch auf deutscher Ebene ist der Genozidvorwurf ein zentrales Element anti-israelischer Mobilisierung. Der Vorwurf erfüllt seinen Zweck: Er emotionalisiert; definiert, wer gut und böse ist, gibt das Gefühl, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen.

Im besetzten Audimax der *Alice Salomon Hochschule Berlin* war Anfang 2025 auf einem Transparent zu lesen: „It's not a fucking conflict. It's a genocide in Palestine. Fuck Israhell, Germany, Zionism.“¹²⁰

Am 8. März 2025, dem Internationalen Frauentag, trugen Demonstrierende ein riesiges Transparent durch Berlin-Kreuzberg auf dem Stand: „One Genocide does not justify another one.“¹²¹

Die Parolen gehören mittlerweile zum kulturellen Code der neuen Anti-Israel-Bewegung.¹²² Auf zahlreichen Demonstrationen finden sich Abwandlungen des Genozidvorwurfs wie „One Holocaust does not justify another one“. Die Leipziger Autoritarismus-Studie zeigte 2024, dass 22,7 Prozent der Befragten der Aussage „Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg“ zustimmen.¹²³ Das belegt: Der Genozidvorwurf fällt auf fruchtbaren Boden.

Der jüdische Staat wird seit Langem verteufelt und für Krisen und Kriege verantwortlich gemacht. Mahmud Abbas, der Präsident der *Palästinensischen Autonomiebehörde*, behauptete 2022 im Bundeskanzleramt: „Israel hat seit 1947 bis zum heutigen Tag 50 Massaker in 50 palästinensischen Orten begangen: 50 Massaker, 50 Holocausts.“¹²⁴ Bereits 2008 hatte er geäußert, Israels militärische Handlungen im Gazastreifen seien mehr als ein Holocaust.¹²⁵

Ähnliche Holocaustrelativierungen werden auf deutsche Straßen getragen. Am 4. November 2023 demonstrierten 17.000 Menschen in Düsseldorf gegen Israel. Auf einem großen Transparent waren eine Bombe mit der Jahreszahl 2023 und eine Dusche mit 1933 abgebildet. Daneben stand die Frage „Wo ist der Unterschied?“¹²⁶ – eine Gleichsetzung des aktuellen Kriegs mit der Shoah.

Unter dem Titel „Holocaust-Gedenktag – Holocaust gedenken heißt gegen Faschismus und Genozid kämpfen“ fand am 27. Januar 2025 eine Versammlung in Darmstadt statt. Die Gruppe *Darmstadt4Palestine*, die in der Vergangenheit bereits Symbole der *Hamas* in Form eines Anhängers verteilte¹²⁷, war unter den Veranstaltern. Der Gedenktag wurde instrumentalisiert, um gegen den angeblichen Genozid in Gaza vorzugehen. Dabei schreckten Aktivist*innen auch nicht vor Gedenkstätten zurück. Im Sommer 2024 versuchten Mitglieder der *Kommunistischen Organisation*, mit Kufiya in der Gedenkstätte Buchenwald (Thüringen) den Opfern des angeblichen Genozids in Gaza zu gedenken.¹²⁸

Dass der aktuelle Gaza-Krieg nicht von Israel ausgelöst wurde, um Völkermord zu begehen, sondern eine Reaktion auf die unfassbare Gewalt des 7. Oktobers



Hamas-Dreieck und Staatsräson an die Wand eines linken Hausprojekts in Leipzig gesprüht

ist, derer sich palästinensische Islamisten schuldig machten – in diesem einfachen Weltbild spielt das keine Rolle. „No business as usual during genocide“, stand auf einem Zettel an der Wand der *Alice Salomon Hochschule Berlin* sowie „No class during genocide“. An der FU Berlin war zu lesen: „No more genocide-denying academia“.¹²⁹

Es geht also um mehr: nicht mehr nur um die Behauptung eines Genozids, sondern auch um den Vorwurf der Genozidleugnung. Zur Eröffnung der Berlinale 2025 protestierten Aktivist*innen am roten Teppich mit einem großen Transparent mit der Aufschrift „Staatsräson ist Genozid“¹³⁰. In Leipzig wurde in den Räumen eines linken Hausprojektes ein rotes *Hamas*-Dreieck und das Wort „Staatsräson“ gesprüht.

Albaneses Rhetorik trägt zur Eskalation der Vorwürfe bei. „Es findet ein Völkermord statt, und es spielt keine Rolle, wie sehr der Völkermord geleugnet wird, wir müssen uns bewusst sein, was wir tun müssen.(dt. Übersetzung)“¹³¹, sagte sie in der Aula der

Jungen Welt. Wer die Position nicht teilt, leugnet einen Genozid. „Genozidbefürworter“ und „Genozidleugner“ sind neue Feindbilder. Der deutsche Journalist Nicholas Potter ist seit Ende 2024 aufgrund seiner antisemitismuskritischen Arbeit Ziel einer Hetzkampagne geworden und erhielt im Zuge dessen auch Morddrohungen. Auch und gerade Jüdinnen*Juden, die sich nicht antizionistisch positionieren, werden angefeindet.

Ein paar hundert Meter vom Auftrittsort der UNO-Vertreterin entfernt steht ein Shoah-Mahnmal mit dem Namen „Block der Frauen“. Im Sommer 2024 wurden die Worte „Jews are committing genocide“ auf das Mahnmal gesprüht. Die Genozidvorwürfe haben nicht den Zweck, palästinensisches Leid zu mindern – sondern antisemitische Ressentiments zu befeuern. Denn die Darstellung Israels als das „absolute Böse“ in einer ideologisch dichotomen Weltanschauung basiert auf Verschwörungsdenken. An ihrer Verbreitung haben auch UNO-Vertreter*innen ihren Anteil.

2000

28. September: Zweite Intifada

Auf die erfolglosen Verhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde unter der Vermittlung der USA (Camp David II) folgen über 20.000 Terroranschläge in Israel. 2005 endet die palästinensische Revolte mit einem Waffenstillstand.

2001

31. August – 7. September: Weltkonferenz gegen Rassismus (Durban I)

Die Konferenz ist eine internationale UNO-Konferenz. Die dritte Konferenz findet in Durban (Südafrika) statt und ist durch Antisemitismus und Antizionismus geprägt. Sie zementiert die Israelfeindschaft der UNO.

2006

25. Januar: Wahlen in den Palästinensischen Autonomiegebieten

Die *Hamas* gewinnt die Wahl gegen die *Fatah*. Dennoch übernimmt die islamistische Terrororganisation im Juli 2007 gewaltsam die alleinige Kontrolle im Gazastreifen. Nun regiert die *Fatah* lediglich im Westjordanland. Es folgen keine weiteren Wahlen.

2011

23. September: Palästinensische Gebiete werden UNESCO-Vollmitglied

Der Antrag von Mahmud Abbas, die palästinensischen Gebiete in die UNO aufzunehmen, scheitert im UNO-Sicherheitsrat. Aber die UNESCO nimmt sie als Vollmitglied auf. Daraufhin stellen Israel und die USA die Finanzierung der UNESCO ein.

2012

29. November: Palästinensische Gebiete erhalten Beobachterstatus

Die UNO-Generalversammlung nimmt am 65. Jahrestag des UNO-Teilungsplanes die palästinensischen Gebiete als Beobachterstaat auf.

2024

10. September: Palästinensische Gebiete in UNO-Generalversammlung

Das erste Mal nimmt ein palästinensischer Vertreter an einer UNO-Generalversammlung teil. Die Teilnahme ist ein symbolischer Akt, denn die palästinensischen Gebiete haben kein reguläres Stimmrecht.

Endnoten

- 1 Der Spiegel (18.10.2023): Was über den Raketeneinschlag im Krankenhaus bekannt ist – und was nicht <https://www.spiegel.de/ausland/gaza-stadt-was-ueber-den-raketeneinschlag-im-ahli-arab-krankenhaus-bislang-bekannt-ist-a-f33e1970-753a-4af2-8fd8-cb570b515602>
- 2 X *antonioguterres* (18.10.2023) <https://x.com/antonioguterres/status/1714416230877073664>
- 3 Kölnische Rundschau (19.10.2023): Laut Geheimdiensten ‚Dutzende‘ Tote nach Beschuss von Krankenhaus in Gaza <https://www.rundschau-online.de/politik/gaza-laut-geheimdiensten-dutzende-tote-nach-beschuss-von-krankenhaus-667397>
- 4 Human Rights Watch (26.11.2023): Gaza: Erkenntnisse zur Explosion am Al-Ahli-Krankenhaus <https://www.hrw.org/de/news/2023/11/26/gaza-erkenntnisse-zur-explosion-am-al-ahli-krankenhaus>
- 5 World Socialist Website (20.10.2023): Video: Stimmen von der ‚Frieden für Palästina‘-Demo vor dem Auswärtigen Amt <https://www.wsws.org/de/articles/2023/10/19/ttjl-o19.html>
- 6 Zeit Online (18.10.2023): Zusammenstöße bei propalästinsischer Demo in Berlin <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-10/israel-gazastreifen-krankenhaus-beschuss-demo-berlin>
Berliner Zeitung (18.10.2023): Palästina-Demonstranten randalieren in Berlin, Polizei setzt Wasserwerfer und Pfefferspray ein <https://www.berliner-zeitung.de/news/newsblog-hunderte-tote-nach-krankenhaus-beschuss-in-gaza-israel-beschuldigt-islamischend-schihad-li.2150238>
- 7 Stern (18.10.2023): Wut, Trauer und Krawall: Nach dem Raketeneinschlag in einer Klinik richtet sich der Zorn auf Israel – auch in Deutschland <https://www.stern.de/politik/ausland/viele-machen-israel-verantwortlich--reaktionen-auf-raketeneinschlag-in-klinik-33922446.html>
- 8 Tagesspiegel (28.10.2023): Zentralrat der Juden kritisiert Bundesregierung: Enthaltung bei UN-Resolution zu Gaza eine ‚Enttäuschung für die Juden in Deutschland‘ <https://www.tagesspiegel.de/politik/kritik-aus-israel-lob-von-der-amas-un-vollversammlung-nimmt-resolution-zu-waffenruhe-in-gaza-an-10697515.html>
- 9 UNRIC (2025): Die Charta der Vereinten Nationen <https://unric.org/de/charta/#kapitel6>
- 10 Economist Intelligence Unit (05.03.2025): Democracy index 2024 <https://ourworldindata.org/grapher/democracy-index-eiu>
- 11 UN News (27.10.2023): UN General Assembly adopts Gaza resolution calling for immediate and sustained ‘humanitarian truce’ <https://news.un.org/en/story/2023/10/1142847>
- 12 UN News (2023): Gaza crisis: General Assembly adopts resolution calling for ‘humanitarian truce’, civilian protection <https://news.un.org/en/story/2023/10/1142932>
- 13 UN Digital Library (2023): Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations: resolution / adopted by the General Assembly <https://digitallibrary.un.org/record/4025940?v=pdf>
- 14 UN News (2023): Gaza crisis: General Assembly adopts resolution calling for ‘humanitarian truce’, civilian protection <https://news.un.org/en/story/2023/10/1142932>
- 15 Tagesspiegel (28.10.2023): Enthaltung bei UN-Resolution zu Gaza eine ‚Enttäuschung für die Juden in Deutschland‘ <https://www.tagesspiegel.de/politik/kritik-aus-israel-lob-von-der-amas-un-vollversammlung-nimmt-resolution-zu-waffenruhe-in-gaza-an-10697515.html>
- 16 Tagesschau (13.12.2023): UN-Vollversammlung fordert Waffenstillstand <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/un-resolution-waffenstillstand-gazastreifen-100.html>
- 17 Tagesschau (30.10.2023): ‚Enthalten ist nicht genug‘ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/israel-kritik-deutschland-un-resolution-100.html>
- 18 Tagesschau (30.10.2023): ‚Enthalten ist nicht genug‘ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/israel-kritik-deutschland-un-resolution-100.html>
- 19 Tagesspiegel (28.10.2023): Enthaltung bei UN-Resolution zu Gaza eine ‚Enttäuschung für die Juden in Deutschland‘ <https://www.tagesspiegel.de/politik/kritik-aus-israel-lob-von-der-amas-un-vollversammlung-nimmt-resolution-zu-waffenruhe-in-gaza-an-10697515.html>
- 20 X *AuswärtigesAmt* (27.10.2023) <https://x.com/AuswaertigesAmt/status/1718010287746334976>

21 Tagesschau (09.10.2023): Iran und seine Rolle beim Angriff auf Israel <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/iran-hamas-unterstuetzung-100.html>; t-online (31.07.2024): Er lebte im katarischen Luxus https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/krisen/id_100384512/hamas-chef-ismail-hanija-wie-er-die-terrorgruppe-aus-katar-steuerte.html

22 IMPACT-se (2024): Review of UNRWA Schools Headed by Hamas Principals <https://www.impact-se.org/wp-content/uploads/Review-of-UNRWA-Schools-Headed-by-Hamas-Principals.pdf>

23 Tagesschau (30.01.2024): Skandal um UNRWA wohl größer als gedacht <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/unrwa-hamas-skandal-100.html>

24 MERA25 (2025): Grundsatzprogramm https://mera25.de/wp-content/uploads/2025/01/241130_Grundsatzprogramm_MERA25_final.pdf

25 Frankfurter Allgemeine Zeitung (28.12.2024): Nicht jede Kritik an Israel ist antisemitisch <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kritik-an-israel-ist-nicht-immer-antisemitisch-un-menschenrechtskommissar-110198558.html>

26 Rote Fahne News (29.12.2024): „Nicht jede Kritik an Israel ist antisemitisch“ <https://www.rf-news.de/2024/kw52/nicht-jede-kritik-an-israel-ist-antisemitisch>

27 Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (2023): Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) <https://www.im.nrw/marxistisch-leninistische-partei-deutschlands-mlpd>

28 Deutsche Stimme (26.05.2024): Israel im Visier der UNO, aber bedingungslos unterstützt von Deutschland <https://deutsche-stimme.de/israel-im-visier-der-uno-aber-bedingungslos-unterstuetzt-von-deutschland/>

29 Der Dritte Weg (07.10.2024): Terrorstaat Israel: Bodenoffensive im Libanon gestartet <https://der-dritte-weg.info/2024/10/terrorstaat-israel-bodenoffensive-im-libanon-gestartet/>

30 Der Dritte Weg (20.10.2023): Zionismus in der BRD: Herrschende stören sich an Pro-Palästina-Demos <https://der-dritte-weg.info/2023/10/zionismus-in-der-brd-herrschende-stoeren-sich-an-pro-palaestina-demos/>

31 Deutscher Bundestag (18.11.2024): Die Vereinten Nationen grundlegend reformieren – Für Frieden, Sicherheit und Wohlstand, Drucksache 20/13833 <https://dserver.bundestag.de/btd/20/138/2013833.pdf>; Deutscher Bundestag (26.11.2024): Terrorismus in den Palästinensischen Autonomiegebieten austrocknen – Streichung der finanziellen Zuwendungen für die Palästinensischen Autonomiegebiete, Drucksache 20/13927 <https://dserver.bundestag.de/btd/20/139/2013927.pdf>

32 X Beatrix_vStorch (07.10.2023) https://x.com/Beatrix_vStorch/status/1710646659732983988

33 belltower.news (05.12.2023): Rassismus getarnt als Solidaritätsbekundung mit Israel, belltower.news, <https://www.belltower.news/afd-und-nahostkonflikt-rassismus-getarnt-als-solidaritaetsbekundung-mit-israel-154437/>

34 BBC (31.01.2025): British-Israeli hostage says Hamas held her at UN facilities <https://www.bbc.com/news/articles/cj91ygv803xo>

35 UNRWA (31.12.2023): 2023 Confirmed Pledges to UNRWA's Programmes (Cash and in-kind) https://www.unrwa.org/sites/default/files/top_20_donors_overall_ranking_2023.pdf

36 Tagesschau (05.08.2024): UN kündigen neun UNRWA-Mitarbeitern <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/unrwa-mitarbeiter-gaza-100.html>

37 IDF (2024): UNRWA's Involvement on October 7 <https://www.idf.il/en/mini-sites/the-unrwa-hamas-connection/unrwas-involvement-on-october-7/>

38 Instagram *israelinnewyork* (27.09.2024) <https://www.instagram.com/israelinnewyork/reel/DABrYiUvNy/>

39 Tagesschau (28.01.2024): Warum das Palästinenserhilfswerk unter Druck steht <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/unrwa-faq-100.html>

40 The Wall Street Journal (29.01.2024): Intelligence Reveals Details of U.N. Agency Staff's Links to Oct. 7 Attack <https://www.wsj.com/world/middle-east/at-least-12-u-n-agency-employees-involved-in-oct-7-attacks-intelligence-reports-say-a7de8f36>

41 Zeit Online (11.02.2024): Israel entdeckt Hamas-Datenzentrum in Tunnel unter UNRWA-Zentrale <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-02/unrwa-hamas-datenzentrum-gaza-israel>

42 UN Watch (30.09.2024): Hamas confirms its Leader in Lebanon was also the Head of the UNRWA Teachers Union <https://unwatch.org/hamas-confirms-its-leader-in-lebanon-was-also-the-head-of-the-unrwa-teachers-union/>

43 Berliner Zeitung (30.09.2024): UNRWA-Chef: Wusste nicht, dass Mitarbeiter ein Hamas-Anführer war <https://www.berliner-zeitung.de/news/unrwa-chef-wusste-nicht-dass-mitarbeiter-fateh-sherif-abu-el-amin-ein-hamas-anfuehrer-war-li.2258834>

44 Facebook Abo Amin Sharif (20.01.2014) <https://www.facebook.com/photo/?fbid=184775545065805&set=a.102647003278660>

45 UN Watch (30.09.2024): Hamas confirms its Leader in Lebanon was also the Head of the UNRWA Teachers Union <https://unwatch.org/hamas-confirms-its-leader-in-lebanon-was-also-the-head-of-the-unrwa-teachers-union/>

46 Mideast Freedom Forum Berlin (04.2017): Bildung für die nächste Generation https://www.mideastfreedomforum.org/fileadmin/editors_de/Broschueren/MFFB_Bildung_-_Palaestinensische_Schulbuecher_2017.pdf

47 KfW Entwicklungsbank (2021): Ex-post-Evaluierung UNRWA Schulen in Gaza, Palästinensische Gebiete https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Evaluierung/Ergebnisse-und-Publikationen/PDF-Dokumente-L-P/Pal_Gebiete_UNRWA_2021_D.pdf

48 IMPACT-se (11.2023): UNRWA Education: Textbooks and Terror <https://www.impact-se.org/wp-content/uploads/UNRWA-Education-Textbooks-and-Terror-Nov-2023.pdf>

49 UN (11.12.1948): Generalversammlung <https://www.un.org/depts/german/gv-early/ar194-iii.pdf>

50 UN (05./22.11.1974): General Assembly- Twenty-ninth session, 2277th plenary meeting & 2296th plenary meeting <https://documents.un.org/doc/resolution/gen/nr0/738/39/pdf/nr073839.pdf>

51 Jüdische Allgemeine (25.09.2024): Verwaltungsgericht verbietet Parole ‚From the River to the Sea‘ <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/verwaltungsgericht-verbietet-parole-from-the-river-to-the-sea/>

52 Amadeu Antonio Stiftung (13.06.2024): Antisemitische Sticker- und Flugblätter-Attacke an Universität der Künste <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/antisemitische-sticker-und-flugblaetter-attacke-an-der-universitaet-der-kuenste/>

53 Tagesschau (27.08.2007): ‚Al Nakba‘ – die palästinensische Katastrophe <https://www.tagesschau.de/ausland/meldung-ts-3064.html>

54 Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (19.03.2024): UNRWA – Zwischen zwei Welten <https://dgvn.de/meldung/unrwa-zwischen-zwei-welten>

55 Bundesverwaltungsgericht (27.04.2021): Urteil vom 27.04.2021 – BverwG 1 C 2.21 <https://www.bverwg.de/de/270421U1C2.21.0>

56 ArabNews (21.12.2017): First census reveals 174,000 Palestinian refugees in Lebanon <https://www.arabnews.com/node/1212531/middle-east>

57 Bundeszentrale für politische Bildung (26.05.2016): Flüchtlinge zweiter Klasse: Palästinenser im Libanon <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/regionalprofile/228365/fluechtlinge-zweiter-klasse-palaestiner-im-libanon/>

58 Der Standard (27.12.2017): Palästinenser am Rand der libanesischen Gesellschaft <https://www.derstandard.at/2000070281556/palaestiner-am-rand-der-libanesischen-gesellschaft>

59 Middle East Institute (22.02.2021): Palestinian Refugees: Myth vs. Reality <https://www.mei.edu/publications/palestinian-refugees-myth-vs-reality>

60 UNRWA (31.05.2010): UNRWA and the Palestinian Refugees: a history within history <https://www.unrwa.org/userfiles/201006109359.pdf>

61 Mena-Watch (14.02.2024): Seit wann spricht man von ‚Palästinensern‘? <https://mena-watch-lexikon.com/das-lexikon/palaestiner-seit-wann-spricht-man-von-palaestinsern/>

62 Zeit Online (23.03.2024): USA streichen UNRWA-Förderung bis März 2025 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-03/usa-streichen-finanzierung-von-palaestinerhilfswerk-unrwa>

63 Jüdische Allgemeine (22.04.2024): ‚Whitewash‘: UNRWA-Prüfbericht vorgelegt <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/whitewash-unrwa-pruefbericht-vorgelegt/>

64 UNRWA (26.03.2024): UNRWA: Eur 45 Million in new Contributions from Germany for Services to Palestine Refugees in Jordan, Lebanon, Syria and the West Bank <https://www.unrwa.org/newsroom/news-releases/unrwa-eur-45-million-new-contributions-germany-services-palestine-refugees>

65 Zentralrat der Juden in Deutschland (26.04.2024):
Statement Dr. Schuster zur deutschen UNRWA-Finanzierung
<https://www.zentralratderjuden.de/presseerklaerungen/statement-dr-schuster-zur-deutschen-unrwa-finanzierung/>

66 UN Watch (08.2024): Entlarvt: „Unabhängiger“ UNRWA-Bericht manipuliert <https://unwatch.org/wp-content/uploads/2024/08/Aufgedeckt-%E2%80%93-Wie-der-UNRWA-Audit-manipuliert-wurde.pdf>

67 Zeit Online (16.10.2024): UNRWA-Chef warnt vor Winter-Hungersnot in Gaza <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-10/un-palaestinerhilfswerk-unrwa-humanitaere-hilfe-gaza-libanon>

68 UN (03.2003): 194 (III). Palästina:
Zwischenbericht des Vermittlers der Vereinten Nationen
<https://www.un.org/depts/german/gv-early/ar194-iii.pdf>

69 Haaretz (27.11.2024): ‚Rape has one Sound‘
<https://www.haaretz.com/israel-news/2024-11-27/ty-article/.premium/survivor-of-october-7-Hamas-massacre-testifies-to-witnessing-sexual-violence/00000193-6974-d62c-a1db-7bf6be7e0000>

70 Washington Post (25.11.2023): Israel investigates an elusive, horrific enemy: Rape as a weapon of war <https://www.washingtonpost.com/world/2023/11/25/israel-hamas-rape-sexual-violence/>

71 Instagram *sozialismus_von_unten* (09.03.2024)
<https://www.instagram.com/p/C4THoIEs9Xn/>

72 Private Videoaufnahme vom 08.03.2025

73 8. März Leipzig (2025): Redebeitrag Handala
<https://www.8mleipzig.org/handala-redebeitrag-deutsch/>

74 Leipziger Volkszeitung (13.02.2025): Verfassungsschutz stuft Leipziger Palästina-Verein Handala als extremistisch ein
<https://www.lvz.de/politik/regional/leipzig-verfassungsschutz-stuft-palaestina-verein-handala-als-extremistisch-ein-2QN7I5Z67BfK-PF7P7TJ67AAFFM.html>

75 Alice Salomon-Hochschule Berlin (06.01.2025) Quelle: privat

76 Instagram *zora_berlin* (12.10.2023)
https://www.instagram.com/p/CyTjNZ0sDsK/?img_index=2

77 UN Women (2025): About UN Women
<https://www.unwomen.org/en/about-us/about-un-women>

78 Instagram *unwomen* (14.10.2023)
<https://www.instagram.com/p/CyXcUzst9dL/>

79 X *unwomenchief* (08.10.2023) <https://x.com/unwomenchief/status/1710833472095269002>

80 X *FranceskaAlbs* (08.03.2024) <https://x.com/FranceskaAlbs/status/1766180900411175256>

81 Belltower.News (17.10.2024): ‚Feministische Gruppen haben die sexualisierte Gewalt der Hamas geleugnet‘ https://www.belltower.news/tacheles_3-feministische-gruppen-haben-die-sexualisierte-gewalt-der-hamas-geleugnet-156587/

82 Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (22.11.2023): Forderungspapier Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland kritisiert unzureichende Verurteilung der Hamas-Menschenrechtsverbrechen <https://zwst.org/de/news/zentralwohlfahrtsstelle-der-juden-deutschland-kritisiert-unzureichende-verurteilung-der-hamas>

83 Die Tageszeitung (09.03.2025): Kämpfen und feiern sind eins
<https://taz.de/Demonstrationen-am-Frauentag!/6071417/>

84 YouTube *DiEM25* (20.02.2025)
<https://www.youtube.com/watch?v=YVxvrGVxuis>

85 DiEM25 (19.02.2025): Die Diskurshoheit zurückgewinnen: Ein kraftvolles Zeichen für Palästina, Gerechtigkeit und Wahrheit in Berlin <https://diem25.org/die-diskurshoheit-zurueckgewinnen-ein-kraftvolles-zeichen-fuer-palaestina-gerechtigkeit-und-wahrheit-in-berlin/>

86 YouTube *DiEM25* (20.02.2025)
<https://www.youtube.com/watch?v=YVxvrGVxuis>

87 X *UNWatch* (04.12.2023)
<https://x.com/UNWatch/status/1731685591417336121>

88 Jüdische Allgemeine (26.07.2024): Francesca Albanese ist bei der UN von Gleichgesinnten umgeben <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/francesca-albanese-ist-bei-der-un-von-gleichgesinnten-umgeben/>

89 YouTube *tilojung* (22.05.2024)
<https://www.youtube.com/watch?v=yTuM8N9KJf8>

90 X *FranceskaAlbs* (27.05.2024)
<https://x.com/FranceskaAlbs/status/1794896136169198048>

91 Jüdische Allgemeine (26.07.2024): Francesca Albanese ist bei der UN von Gleichgesinnten umgeben
<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/francesca-albanese-ist-bei-der-un-von-gleichgesinnten-umgeben/>

92 X *FranceskaAlbs* (10.02.2024)
<https://x.com/FranceskaAlbs/status/1756351236909965591>

93 X *FranceskaAlbs* (07.10.2023)
<https://x.com/FranceskaAlbs/status/1710652725870874874>

94 YouTube *MiddleEastEye* (05.11.2024)
https://www.youtube.com/shorts/k12E7LuD2_4

95 Times of Israel (17.12.2014): Albaneses Facebook-Account
<https://static.timesofisrael.com/www/uploads/2022/12/Untitled-2-2.jpg>

96 YouTube *tilojung* (22.05.2024)
<https://www.youtube.com/watch?v=yTuM8N9Kjf8>

97 Auditor Online (05.12.2022): UN-Sonderberichterstatterin gegenüber Hamas: ‚Widerstand gegen Israel ist euer gutes Recht‘
<https://www.audiatour-online.ch/2022/12/05/un-sonderberichterstatterin-gegenueber-der-hamas-widerstand-gegen-israel-ist-euer-gutes-recht/>

98 Sky News (14.02.2024): UN Chief: Gaza the ‚worst humanitarian crisis‘ he’s seen <https://news.sky.com/video/un-chief-gaza-the-worst-humanitarian-crisis-hes-seen-13071753>

99 UN (2025): Sanctions List Materials https://main.un.org/securitycouncil/en/sanctions/1267/aq_sanctions_list

100 Bundesministerium des Innern und für Heimat (02.11.2023): Vereinsverbote ‚HAMAS‘ und ‚Samidoun‘
<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/11/vereinsverbot-hamas-samidoun.html>

101 PressTV (29.11.2022): Gaza holds international conference on Israeli blockade <https://www.presstv.ir/Detail/2022/11/28/693554/Gaza-holds-international-conference-on-Israeli-blockade>

102 Jüdische Allgemeine (13.02.2025): Ludwig-Maximilians-Universität verweigert Francesca Albanese Hörsaal <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/ludwigs-maximilian-universitaet-verweigert-francesca-albanese-hoersaal/>

103 UN Watch (23.10.2024):
The Terrorists Who Cite Francesca Albanese
<https://unwatch.org/the-terrorists-who-cite-francesca-albanese/>

104 Queen Mary University of London (2024): Event with Francesca Albanese, United Nations Special Rapporteur
<https://www.qmul.ac.uk/law/events/items/event-with-francesca-albanese-united-nations-special-rapporteur.html>

105 UN Watch (23.10.2024): Wolf in Sheep’s Clothing
<https://unwatch.org/wp-content/uploads/2024/10/Wolf-in-Sheeps-Clothing-Report-on-Francesca-Albanese.pdf>

106 Jüdische Allgemeine (26.07.2024):
Francesca Albanese ist bei der UN von Gleichgesinnten umgeben
<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/francesca-albanese-ist-bei-der-un-von-gleichgesinnten-umgeben/>

107 UNHCR (03.12.1982): Importance of the universal realization of the right of peoples to self-determination and of the speedy granting of independence to colonial countries and peoples for the effective guarantee and observance of human rights
<https://www.refworld.org/legal/resolution/unga/1982/en/9326>

108 Human Rights Council (25.03.2024): Anatomy of a genocide
<https://docs.un.org/en/A/HRC/55/73>

109 Human Rights Council (25.03.2024): Anatomy of a genocide
<https://docs.un.org/en/A/HRC/55/73>

110 Human Rights Council (25.03.2024): Anatomy of a genocide
<https://docs.un.org/en/A/HRC/55/73>

111 LAurore (13.01.1898): J’accuse
<https://beq.ebooksgratuits.com/vents/Zola-jaccuse.pdf>

112 X *IsraelinGeneva* (25.03.2024)
https://x.com/IsraelinGeneva/status/1772318852233191795?ref_src

113 Global Center for the responsibility to protect (29.10.2024):
Statement by Ms. Alice Wairimu Nderitu, United Nations Special Adviser on the Prevention of Genocide, on the situation in the Middle East <https://www.globalr2p.org/resources/statement-by-un-special-adviser-on-genocide-prevention-on-the-situation-in-the-middle-east/>

114 International Court of Justice (29.12.2023): Application of the convention on the prevention and punishment of the crime of genocide in the gaza strip <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20231228-app-01-00-en.pdf>

115 Bundesregierung (12.01.2024): Erklärung der Bundesregierung zur Verhandlung am Internationalen Gerichtshof
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/erklaerung-der-bundesregierung-zur-verhandlung-am-internationalen-gerichtshof-2252842>

116 Tagesschau (02.03.2024): Wegen Unterstützung für Israel. Nicaragua verklagt Deutschland vor dem IGH <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/nicaragua-klage-deutschland-100.html>

117 Zeit Online (30.04.2024): IGH weist Eilantrag Nicaraguas gegen deutsche Waffenlieferungen zurück <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-04/igh-weist-eilantrag-nicaraguas-gegen-deutsche-waffenlieferungen-zurueck>

118 Uni Marburg (12.01.1951): Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes <https://www.uni-marburg.de/de/icwc/zentrum/pdfs/voelkermordkonvention.pdf>

119 Zeit Online (18.02.2024):
Einen schlimmeren Verdacht gibt es nicht
<https://www.zeit.de/politik/2024-02/genozid-vorwurf-igh-israel-justiz>

120 Amadeu Antonio Stiftung (06.01.2025): Besetzung der Alice Salomon Hochschule Berlin mit antisemitischen Bannern und Parolen
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/besetzung-der-alice-salomon-hochschule-berlin-mit-antisemitischen-bannern-und-parolen/>

121 Berliner Morgenpost (09.02.2025):
Frauentag: Darum kam es zu Ausschreitungen und Flaschenwürfen
<https://www.morgenpost.de/berlin/article408509762/frauentag-darum-kam-es-zu-ausschreitungen-und-flaschenwuergen.html>

122 Neues Deutschland (06.10.2024): Antisemitismus als Code:
Auf der richtigen Seite
<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1185756.Hamas-anschlag-am-oktober-antisemitismus-als-code-auf-der-richtigen-seite.html>

123 Leipziger Autoritarismus Studie (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen
<https://www.boell.de/sites/default/files/2024-11/leipziger-autoritarismus-studie-2024-vereint-im-ressentiment-autoritaere-dynamiken-und-rechtsextreme-einstellungen.pdf>

124 Tagesschau (17.08.2022): Empörung über Abbas' Holocaust-Vergleich <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/scholz-abbas-107.html>

125 Ynet News (03.01.2008): Abbas:
IDF's Gaza operation worse than a holocaust
<https://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-3513195,00.html>

126 WDR (05.11.2023):
„Passt auf, wo ihr mitlauft“ - Kritik an pro-palästinensischen Demos <https://www1.wdr.de/nachrichten/pro-palaestinensische-demonstrationen-reaktionen-100.html>

127 Stadt Darmstadt (24.01.2025): Wissenschaftsstadt Darmstadt untersagt umstrittene Versammlung am Holocaust-Gedenktage am 27. Januar und ordnet Verlegung um einen Tag an
<https://www.darmstadt.de/presseportal/pressemitteilungen/einzelansicht/wissenschaftsstadt-darmstadt-untersagt-umstrittene-versammlung-am-holocaust-gedenktage-am-27-januar-und-ordnet-verlegung-um-einen-tag-an>

128 X andanotherguy (19.08.2024):
<https://x.com/andanotherguy/status/1825570331089936563>

129 Instagram *studentsforpalestine_fu* (28.11.2024)
https://www.instagram.com/p/DC6Kwj0shyY/?img_index=1

130 rbb24 (14.02.2025): 75. Berlinale:
Tilda Swinton betont Sympathien für Israel-Boikott-Bewegung
<https://www.rbb24.de/kultur/berlinale/beitraege/2025/tilda-swinton-berlinale-bds-boikott-israel-bds-.html>

131 YouTube *DiEM25* (20.02.2025)
<https://www.youtube.com/watch?v=YVxvrGVxuis>

